

45. Jahrgang

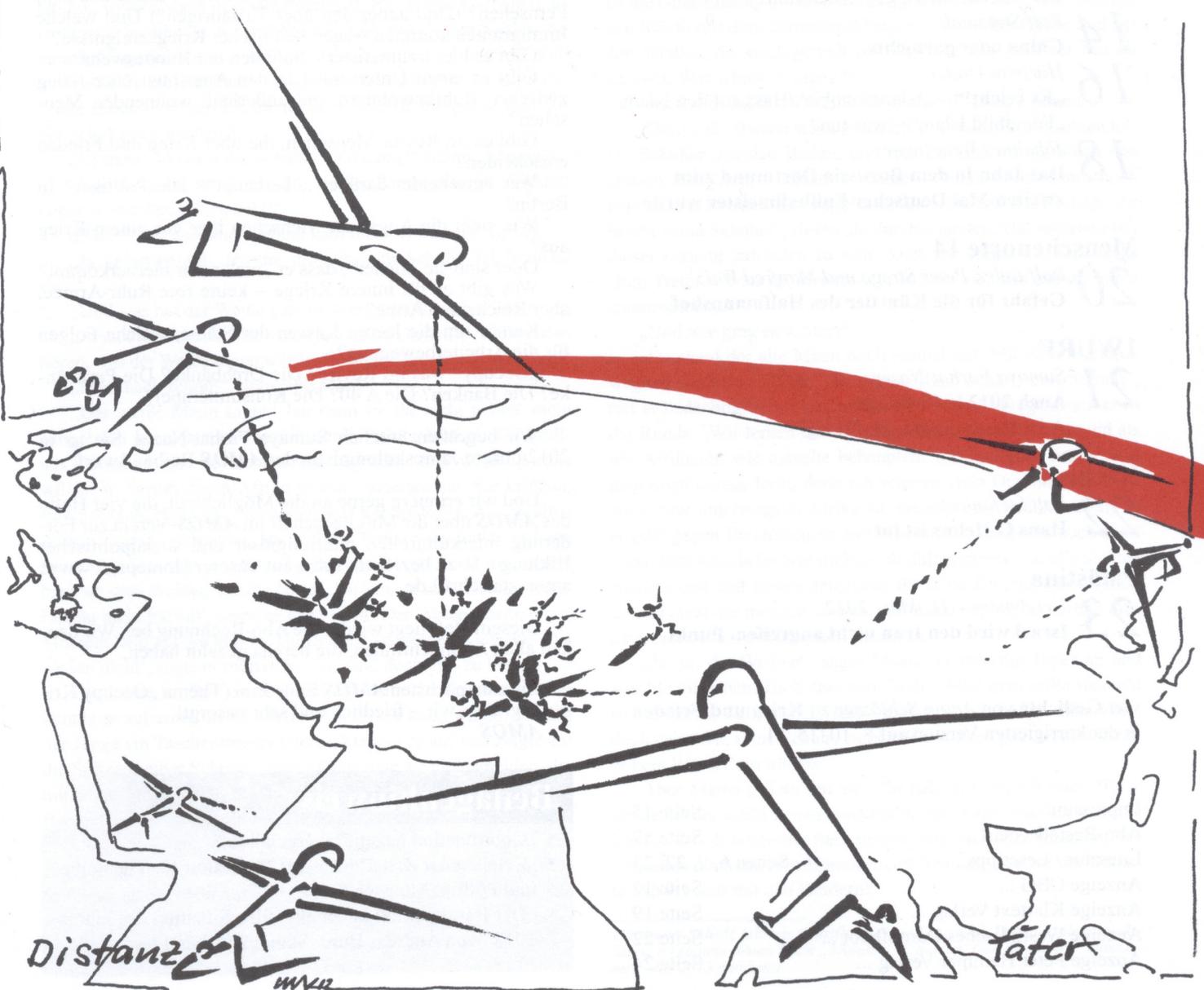
1-2012

€ 4,50

KRIEG UND
FRIEDEN 2

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



Inhalt

Kolumnen

- 3** Hermann Schulz
„Die Weißen sind nicht dümmer als wir!“
- 4** Wolfgang Belitz
ASO und SO

Schwerpunkt: Krieg und Frieden 2

- 5** Johanna Fleischhauer
Kriegskinder, die Frieden wollen
- 7** Angela Kluge
Opfer in den aktuellen Krisen und Kriegen
Flüchtlinge hier im Asyl – rechtlos und arm
- 8** Jochen Gester
IG Metall – „in gefährlichen Gewässern“
- 9** Robert Bosshard
Friede? Krieg?
- 11** Christian Sigrist
Der Beitrag der Münsteraner Politikwissenschaft
zur zivil-militärischen Kooperation (cimic)
- 13** Michael Schulze von Glaßer (IMI, Tübingen)
Battlefield 3. Das virtuelle Schlachtfeld
Die USA im Krieg gegen den Iran
- 14** Rolf Stefaniak
China oder garnichts
- 16** Hartmut Dreier
„Es reicht!“ – „Islamophobie“/Hass auf den Islam/
„Feindbild Islam“ – was tun?
- 18** Johannes Weissinger
Das Jahr, in dem Borussia Dortmund zum
zweiten Mal Deutscher Fußballmeister wurde

Menschenorte 14

- 20** Rolf Euler, Peter Strege und Manfred Walz
Gefahr für die Künstler des Halfmannshof

1WURF

- 21** Sumaya Farhat-Naser
Auch 2012 in Palästina –
Arbeiten an unserer Hoffnung

Nachruf

- 22** Rolf Stefaniak
Hans G Helms ist tot

Palästina

- 23** Uri Avnery – 11. März 2012
Israel wird den Iran nicht angreifen. Punkt.

vier Gedichte von Anton Schlösser zu **Krieg und Frieden**
in der korrigierten Version auf S. 10, 15, 21

Impressum ...	Seite 15
Abo-Bestellschein ...	Seite 17
Literatur / Lesetipps ...	Seiten 6, 9, 22, 23
Anzeige CBG ...	Seite 12
Anzeige Klartext Verlag ...	Seite 19
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 22
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Editorial

Mit diesem **AMOS** 1|2012 setzen wir das Thema „Krieg/Frieden“ (von 4|2011 und 3|2010) fort.

Damals, als Bertolt Brecht seinen lesenden Arbeiter fragen ließ ... Hätte er im Ruhrgebiet gelebt, dann könnte es sein, dass seine Fragen so gelaute hätten:

Fragen für noch nicht gegebene, vorschnelle oder keine Antworten (wehe uns, wenn es die Antworten nicht gibt):

Krupp stellt Fotografien aus der Werks Geschichte in der Villa Hügel aus – unter anderem die Waffenschau auf der Weltausstellung achtzehnhundertund ... – welche Reaktionen gab es damals, welche heute?

Wo sind die Waffenschmiedien hin, wenn sie nicht mehr an der Stahlstraße in Bochum oder im Essener Westen/Norden liegen? Was verstehen die Dreher, Former, Schmelzer, Walzwerker da vom (nächsten) Krieg?

An welchen Werkbänken oder Computerkonsolen sind die Fachkräfte, die heute einen (nächsten – laufenden) Krieg vorbereiten, im Revier?

Preußen und Deutschland bildeten keine Garnisonen im Revier, aber Soldaten gab es immer, auch Bergleute wollten Ende der dreißiger Jahre manchmal lieber zum Militär als im Pütt bleiben – welche Versprechungen wurden ihnen vorgegaukelt, und wie kamen sie wieder (wenn überhaupt) nach dem Krieg in ihre Arbeit?

Wer kennt „richtigen“ Krieg im Revier – außer aus dem Fernsehen? (Und außer den über 70-Jährigen?) Und welche Immigranten kommen wegen heimischer Kriegsereignisse?

Gibt es hier traumatisierte Soldaten der Bundeswehr?
Gibt es einen Unterschied in den Ansichten über Krieg zwischen Ruhrbewohnern und außerhalb wohnenden Menschen?

Gibt es im Revier Menschen, die über Krieg und Frieden entscheiden?

Wer entscheidet darüber „überhaupt“? Die Politiker? In Berlin?

Wie sieht die Angst der Menschen hier vor einem Krieg aus?

Oder sind sie „sicher“, dass er „nie“ mehr hierherkommt?
Was gibt es für innere Kriege – keine rote Ruhr-Armee, aber Reiche und Arme?

Kampf um die leeren Kassen der Städte, welche Folgen für die Arbeiterbewegung?

„Occupy“ was im Revier? Die Drehbänke? Die Parkbänke? Die Banken? Die A 40? Die Konsumtempel?

Wir begrüßen herzlich Sumaya Farhat-Nazer. Sie ist in 2012 unsere Jahreskolumnistin der **AMOS**-Reihe „1wurf“.

Und wir erinnern gerne an die Möglichkeit, die vier Hefte des **AMOS** über die Mitgliedschaft im **AMOS**-Verein zur Förderung interkultureller, interreligiöser und sozialpolitischer Bildung e.V. zu beziehen. Infos auf unserer Homepage www.amos-zeitschrift.de

Diesem Heft liegt wieder die Abo-Rechnung bei. Wir danken allen AbonnentInnen, die bereits gezahlt haben,

Bis zum nächsten **AMOS** Ende Juni (Thema „Occupy Krisen“) grüßen wir – friedlich und sehr besorgt!

AMOS

Beilagenhinweis

- „Coordination gegen Bayergefahren“
- „Zeichen der Zeit 1962 – 2012“, Institut für Theologie und Politik, Münster
- „Der Iran-Konflikt in der aktuellen Situation des Jahres 2012“ von Andreas Buro, Stand: 25.01.2012

Hermann Schulz

„Die Weißen sind nicht dümmer als wir!“

Unser Papa war mit ein paar Freunden in der Hafenstadt Dar es Salaam gewesen. „Erzähl, Calvin!“, sagte Mama und zündete die Öllampe an. Strom hatten wir nur bis acht Uhr abends.

„Also“, begann Papa. „Wir saßen im Bus, auf dem Weg heimwärts nach Bagamoyo. Der Bus war voll besetzt. Da stieg an der dritten Haltestelle hinter Dar es Salaam ein weißer Mann ein.“

„Ein weißer Mann in einem unserer Busse?“, fragte Mama ungläubig. Weil weiße Männer meist in eigenen Autos fahren und selten in unsere klapprigen Busse steigen.

„Richtig, ein ganz normaler weißer Mann“, bestätigte Papa. „Keiner der jungen Leute mit Rucksack und Ohrringen, wie man sie jetzt überall sieht. Er guckte sich um. Alle Plätze waren besetzt. Ein Junge zwei Reihen vor mir rückte ein bisschen beiseite, damit der Weiße noch einen Sitzplatz hatte.“

„Hat er sich hingesetzt?“, fragte ich. „Ja. Er hat sich hingesetzt.“ „Und dann?“

„Das Geplapper im Bus war verstummt, weil alle auf ihn guckten. Ein weißer Mann in einem unserer Busse ist eine Seltenheit. Er hatte tolle Schuhe an. So halbhohe Schuhe mit dicken Sohlen. So ganz kräftige Schuhe, versteht ihr? Man konnte sie gut sehen, weil er eine kurze Hose anhatte. So wie früher die Engländer. Und der Junge neben ihm, den ich nicht kannte, starrte die ganze Zeit auf die Schuhe des Weißen.“

„Er starrte also auf die Schuhe. Und dann?“ Mama drängelte.

„Und dann hat der Junge den weißen Mann gefragt: ‚Bwana! Gibst du mir deine Schuhe!?’“

„Was?“ Wie aus einem Mund kam unser erstaunter Ausruf.

„Ja, er hat gesagt: ‚Bwana, gib mir deine Schuhe. Ich brauche sie.’“

„Und was hat der Weiße geantwortet?“, wollte ich wissen.

„Also, die Leute im Bus waren jetzt mäuschenstill. Alle wollten hören, was der Weiße sagen würde. Der schwitzte schon gewaltig.“

„Nun mach schon!“, drängelte Mama.

„Der weiße Mann sagte: ‚Ich kann sie dir nicht geben, mein Junge! Ich kann ja nicht barfuß durch Afrika laufen‘. Da brüllten die Leute los, sie lachten wie verrückt. ‚Der weiße Bwana will nicht barfuß durch Afrika laufen‘, geierten sie. Sie kriegten sich gar nicht mehr ein. Dann aber war wieder Ruhe. Alle wollten wissen, wie es weiterging. Da griff der Junge nach unten, er hatte seine alten Treter, so kaputte abgelaufene Dinger, ausgezogen und hielt sie dem Weißen vor die Nase. ‚Du kriegst meine dafür. Dann bist du nicht barfuß‘, sagte er ganz ernst. Der Weiße starrte einen Moment lang auf die uralten Turnschuhe vor seinem Gesicht. ‚Die passen nicht‘, sagte er mürrisch. ‚Die sind doch viel zu klein!‘

Die Leute im Bus murmelten allgemeine Zustimmung. Jeder konnte ja auf einen Blick sehen, dass sie zu klein waren. Da zog der Junge ein Taschenmesser heraus, klappte es auf und zeigte auf die Spitzen seiner Schuhe. ‚Hier könnte man sie aufschneiden, damit deine Zehen Platz genug haben‘, sagte er. ‚Dann passen sie dir, Bwana!‘

Der Weiße starrte auf das Messer, dann auf die Schuhe des Jungen. Da mischte sich ein alter Herr ein, so ein Mzee mit weißen Haaren. Er stand auf und sagte in die Runde: ‚Hört mal alle zu! Was der Junge da vorschlägt, geht auf keinen Fall! Ein Weißer kann unmöglich mit Schuhen durch Afrika laufen, wo die Zehen vorne herausgucken! Das weiß doch jeder!‘

Die Leute diskutierten einen Augenblick lang wild durcheinander, dann gaben sie dem alten Mann recht. Der war aber noch nicht fertig. ‚Außerdem sieht dieser Weiße ganz so aus, als würde er auf der Straße gern mal gegen eine Blechbüchse treten.‘ ‚Richtig, so sieht er aus, das erkennt man auf einen Blick‘, kam es von allen Seiten.

Der Weiße protestierte aufgebracht, er würde in Afrika nie gegen Blechbüchsen treten. Er schien aber erleichtert zu sein. Froh darüber, dass ihm jemand half. Da zog der alte Herr einen seiner eigenen Schuhe aus und zeigte ihn herum. Dann sagte er so laut, dass alle es hören konnten: ‚Ich habe einen anderen Vorschlag. Man kann da, wo die Hacke sitzt, das Leder heruntertreten, so wie ich das gemacht habe. Guckt mal!‘ Wieder zeigte er den Schuh herum, sie waren hinten an den Hacken nach innen geklappt, wie Pantoffeln. ‚Damit kann auch ein weißer Bwana in Afrika herumlaufen!‘

Wieder Stimmengewirr überall im Bus: ‚Ja, das geht, das ist ein kluger Vorschlag, darauf kann der weiße Bwana eingehen, das ist die beste Lösung‘, und so weiter. Alle guckten jetzt nur noch auf den Schuh mit dem heruntergeklappten Teil an der Hacke und auf den Weißen, der noch gewaltiger schwitzte und ganz rot war im Gesicht. Was würde er sagen?“

„Also, was sagte der weiße Mann denn?“, fragte Mama.

„Der weiße Bwana stand plötzlich auf, stampfte mit seinen tollen Schuhen auf den Boden, und rief laut und trotzig durch den ganzen Bus: ‚Ich – behalte – meine – Schuhe! Verdammt noch mal!‘ Da klatschten alle begeistert, als wäre das die Lösung. ‚Er behält seine Schuhe!‘, riefen sie durcheinander. Alle schienen mit dieser Lösung zufrieden zu sein. Auch der Junge zog sich seine alten Treter wieder an, steckte sein Messer ein, und sah gar nicht enttäuscht aus.“

„Und wie ging es weiter?“

„Da stand der alte Mann noch einmal auf. Mit einer Handbewegung forderte er Ruhe. ‚Ja, dieser Mann behält seine Schuhe‘, rief er bedächtig. ‚Und was lernen wir daraus?‘ Fragend sah er in die Runde. ‚Wir lernen daraus, dass Weiße nicht dümmer sind als wir Afrikaner, wie manche behaupten! Ich will euch sagen, was man noch daraus lernt, denn ich sehe so viele Dummköpfe unter euch: Wer unterwegs in Afrika ist, braucht gute Schuhe. Egal, ob er gern gegen Blechbüchsen tritt oder nicht!‘ Ihr könnt euch nicht vorstellen, was da los war im Bus. Beifall brandete auf, alle nickten zustimmend und lobten den Alten für seine Klugheit. Dann hielt der Bus und die meisten stiegen aus. Auch der Weiße verließ uns. Er machte einen erleichterten Eindruck.“

„Ja, ja, die Weißen“, sagte Mama, räumte die Teller ab und wischte mit einem Tuch über den Tisch. ‚Aber man sollte sie nicht so veralbern, Calvin!‘ „Wieso veralbern? Wir haben dem Mann doch geholfen, seine Schuhe zu behalten!“ Papa guckte, als könnte er kein Wasserlein trüben.

Aber Mama giftete ihn an: ‚Ihr habt auf seine Kosten Witze gemacht! Du weißt genau, was ich meine. Kein Wunder, dass die Weißen so oft komische Sachen über uns Afrikaner erzählen. Die verstehen doch unseren Humor nicht! Schluss jetzt mit der Debatte: Ab ins Bett mit den Kindern!‘

Hermann Schulz lebt als Schriftsteller in Wuppertal. Die hier abgedruckte Szene ist seinem neuen Buch „Mandela & Nelson. Das Rückspiel“ entnommen, das 2013 erscheint.

Wolfgang Belitz

ASO und SO

Vor Kurzem habe ich unseren Dachboden entrümpelt. Dabei stieß ich u.a. auf einen uralten Karton mit Unterlagen und Material aus meiner Vikariatszeit 1966 bis 1968. Unter den Papieren fanden sich auch die ersten Ausgaben des AMOS aus dem Jahr 1968. Das Layout war zeitgemäß sehr schlecht, der Inhalt zeitgemäß sehr gut. Mir war allerdings nicht mehr so recht in Erinnerung, dass es zum damaligen grundlegenden Selbstverständnis der AMOS-Anfänge gehörte, sich ausdrücklich als Außersynodale Opposition (ASO) – in Analogie zur damaligen außerparlamentarischen Opposition (APO) – zu bezeichnen. Die ASO ist ja sachlich und sogar buchstäblich mit dem Namen unseres Titelhelden gesetzt.

Von der ASO ist später nicht mehr viel übrig geblieben. Heute ist eine ASO undenkbar oder eher unmöglich, weil das heute aktive Kirchenpersonal gefiltert und weichgespült worden ist bis zur leblosen Uniformität, die jede kritische Auseinandersetzung nach innen oder außen verhindert. Heute gibt es nicht einmal in Resten eine SO (Synodale Opposition), die naturgemäß zu jedem parlamentarischen Gremium gehört. Dennoch ist mir nach meiner privaten Wiederentdeckung der ASO bewusst geworden, dass der kleine Arbeitskreis westfälischer Sozialpfarrer, dem ich angehöre, und die Kolumnen, die ich seit 13 Jahren in AMOS schreibe, die ASO-Linie aufgegriffen und bescheiden, aber beharrlich bis heute fortgesetzt haben. Der westfälischen Landeskirche fehlt eine unabhängige, öffentliche, investigative, reformorientierte Begleitung durch kritische Christinnen und Christen.

Nehmen wir z.B. den sogenannten Reformprozess „Kirche mit Zukunft“, der im Jahr 2000 mit der gleichnamigen Schrift ins Leben gerufen wurde und jetzt ergebnislos versandet ist. Wir haben diesen Weg mit Widerspruch und guten Alternativ-Vorschlägen begleitet. Hierzu gehören z.B. mein Text „Der blaurote Methusalem – Volkskirche im Kapitalismus – atemlos, geistlos, beziehungslos“ von 2001, unser „Kirchhellener Appell“ aus dem Jahre 2006 oder unser Buch „Menschen statt Märkte – Für eine Neuorientierung der Kirche im Dritten System“, ebenfalls aus 2006. Und ebenso der Alternative Kirchengipfel in Gelsenkirchen-Hassel; erinnert wird auch an die „Gerechtigkeits-Hearings“ bei Landessynoden in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre.

Heftig attackiert haben wir die „Agenda 2030“, die zur Grundlage des sogenannten Reformprozesses ausgerufen wurde. Sie dogmatisiert die atemberaubende Langzeitprognose, dass im Zeitraum von 2000 bis 2030 die Mitgliederzahlen der Kirche auf ein Drittel zurückgehen werden, und die Einnahmen der Kirchen sich im selben Zeitraum halbieren werden. Aus dieser gnadenlosen Dogmatik resultierte ein kirchliches Sparprogramm griechischen Ausmaßes und der Ausverkauf des kirchlichen Immobilienschatzes.

Heute, nach 11 Jahren, ist die Prognose der Entwicklung der Kirchensteuereinnahmen bereits widerlegt. Zunächst verlief alles nach Plan. Zwischen 2000 und 2005 gingen die Einnahmen deutlich zurück von 463 auf 382 Mio. Euro, wengleich der Schwund immer noch geringer war, als in den Haushaltsplanungen der Kirche jährlich angenommen wurde. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts kehrte sich die Entwick-

lung entgegen dem Prognosedogma wieder um. 2008 war praktisch der Stand von 2000 wieder erreicht. Die Einnahmentwicklung verläuft nach der ökonomischen Krisenentwicklung und der ihr folgenden Entwicklung der staatlichen Steuereinnahmen und nicht primär nach kirchenspezifischen Tendenzen. Nach der sogenannten Finanz- und Wirtschaftskrise 2009/10 stiegen die Kirchensteuereinnahmen 2011 wieder um 18,3 Mio. Euro auf 442 Mio. Euro an. 39 Mio. Euro mehr als vom kirchlichen Haushaltsexperten angenommen worden war. Auf der letzten Landessynode wurde dann die widerlegte „Agenda 2030“ von der Finanzleitung kurzerhand durch die „Agenda 2040“ ersetzt. Das Katastrophenszenario wird also nicht als sinnlos aufgehoben, sondern nach Bedarf auf der Zeitachse nach hinten verschoben. Die Zuchtrute kann so immer drohend erhoben bleiben. In der Landessynode hat man dies nicht als Manipulation empfunden, keine kritischen Nachfragen gestellt oder kontroverse Diskussionen ausgelöst. Schweigend, so hört man, habe die Synode die Variation der „Agenda 2030“ hingenommen.

Oder: Kürzlich erschien in der Westfälischen Rundschau ein finales Interview mit dem scheidenden Präses. Gefragt nach den wichtigsten Vorgängen seiner Amtszeit, vernachlässigte er den sogenannten Reformprozess „Kirche mit Zukunft“ fast gänzlich, betonte hingegen den ausufernden Immobilienverkauf seiner Landeskirche, weil dieser den üppigen Ausbau von Haus Villigst zum „Kleinod“ für eine weitere Generation möglich gemacht habe. Insbesondere der Verkauf von Haus Ortlohn sei hier von ausschlaggebender Bedeutung gewesen. Auch hier gibt es keine Nachfragen, obwohl das Immobiliengeschäft „Haus Ortlohn“ in der kirchlichen Öffentlichkeit hätte kritisch diskutiert werden müssen, um es zu verhindern. Stichworte dazu: 2008 wird Haus Ortlohn für 3 Mio. Euro an die australische christliche fundamentalistisch orientierte Jugendorganisation „Fusion International“ verkauft und von der Käuferin bezogen. Die Käuferin zahlt 1 Mio. Euro und kann dann die restlichen 2 Mio. Euro nicht mehr zahlen. Der Kauf wird rückabgewickelt, der gezahlte Teil des Kaufpreises als Miete verrechnet und die Käuferin räumt 2010 die Immobilie. Seither steht das Objekt leer und erneut zum Verkauf. Ein riesiges finanzielles Desaster. Vom Kaufpreis sollte Haus Villigst renoviert werden. Vom Kaufpreis konnten aber nur 1 Mio. Euro realisiert werden, das Modernisierungsprojekt in Haus Villigst kostete aber 7,5 Mio. Euro. Das finanzielle Desaster weitet sich zur Katastrophe aus. Aus dem bürokratischen Herrschaftsverband dringt wohlweislich nichts nach außen. Wer beziffert den Schaden? Wer trägt die Verantwortung? Wer wird zur Rechenschaft gezogen? Wer gibt öffentlich Auskunft?

Wolfgang Belitz, Mitherausgeber, seit 13 Jahren ständiger Kolumnist des AMOS, seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westf., lebt in Unna.

(Die ersten 50 AMOS-Kolumnen von Wolfgang Belitz, erschienen von 1998 bis 2010, sind noch einmal nachgedruckt in: Freiheit durch Gerechtigkeit. Schlüsseltex te zur neoliberalen Konterrevolution. Hg. von Walter Wendt-Kleinberg, LIT-Verlag, Münster, 2010)

Johanna Fleischhauer

Kriegskinder, die Frieden wollen

Die Kinder, die den 2. Weltkrieg erlebten, sind heute zumindest im siebten Lebensjahrzehnt. Viele schweigen über diese Zeit, manche öffnen sich im Alter und brauchen dann verständnisvolle Zuhörer. Andere hatten Gelegenheit, die Kriegs- und Nachkriegsjahre im Privaten, in gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen zu besprechen und zu reflektieren. Von diesen haben drei Frauen und drei Männer für AMOS ein Interview gegeben, die als Kind im Ruhrgebiet lebten oder später hier ansässig wurden.

A.D., *1937, erinnert sich an eine Kindheit im großen Familienkreis in Göttingen, anregende Spiele und Gespräche. Sie erfuhr Geborgenheit, aber vermisste unter sieben Geschwistern auch die Nähe zur erschöpften Mutter. Der Vater, als Soldat des 1. Weltkriegs vom Wehrdienst freigestellt, war nahe dem Wohnort mit militärischer Ausbildung beauftragt, außerdem Verleger, u.a. der oppositionellen Zeitschrift „Junge Kirche“, die 1944 verboten wurde. „Mit dem Rücken an der Wand“ lebte er nach eigenen Worten. Die Kinder hörten, wie er entsetzt vom KZ Theresienstadt berichtete. Sie erlebten die Schmerzenschreie der Frauen in der Familie, als sie vom Tod ihrer Männer und Brüder erfuhren. Auf verdichtete Bombenangriffe ab 1942/3 reagierte A. mit Albträumen und Stottern. Die Schule nahm auf Anzeichen von Traumatisierung keinerlei Rücksicht.



Nach Kriegsende verblassten dann die Folgen der Todesangst. Es blieb eine tief verwurzelte, später im Politikunterricht fundierte Überzeugung: „Nie wieder Krieg!“, die A. motivierte, sich u.a. in der Friedensbewegung zu engagieren. Beruflich förderte sie die Kinder der Ärmsten, „Bildungsfernen“: in afroamerikanischen Elendsvierteln der USA, später als Leiterin eines Schulkindergartens in Wanne-Eickel. Bis heute ist sie aktiv in der Evangelischen Gemeindeförderung. Sie ist zuversichtlich, dass ihre Enkel zu friedliebenden Menschen heranwachsen, aber kritisiert die Militarisierung des Spielzeugs, das LEGO und andere Firmen anbieten.

G.G., *1921, wuchs in einer Herner Arbeiterfamilie auf. Ihr Vater überlebte im 1. Weltkrieg grauenvolle Einsätze, wurde aber während der Kriegsgefangenschaft in England freundlich aufgenommen. Er erkannte schon 1933: „Hitler bringt uns Krieg“. Die Familie war parteilos, schickte G. jedoch, als eine Grundschullehrerin sie misshandelte, in die von der SPD gegründete Freie Schule. Diese wurde gleich nach der Machtergreifung von den Nationalsozialisten übernommen; beim Fahnenappell verweigerte sich G. Sie war ein eigen-sinniges Mädchen, dem der liebevolle Vater früh den Rücken stärk-

te. Diesmal aber bat er sie, sich anzupassen, weil die Gefahr für die Familie wuchs. Verwandte wurden verhaftet, die als Zeugen Jehovas Flugblätter gegen den Krieg verfassten. G.s geliebte Tante Lene Gotthold wurde in Plötzensee hingerichtet. Der Vater, arbeitslos, wurde dienstverpflichtet zu den Chemischen Werken Hüls und zum Westwall. Sie selbst arbeitete später bei der Knappschafts-Krankenkasse des Bochumer Vereins. Dort hat sie Chefs in Erinnerung, die Schwerkranken gesundschrieben und Widerständige denunzierten.

Krieg bedeutet für G.G.: Not, Repression, Leid und Angst. Halt gaben Familie, Freunde und innere Überzeugungen. Sie ist noch im hohen Alter eine aktive, klar denkende Frau, deren Tochter sich politisch engagiert.

G.P., *1930, kam als Vierjähriger nach Gelsenkirchen, denn sein Vater, Lehrer und Abgeordneter der katholischen Zentrumspartei in Warburg, wurde ans Grillo-Gymnasium zwangsversetzt. „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“, hatte er noch Anfang 1933 öffentlich erklärt. In Gelsenkirchen fühlte die achtköpfige Familie sich wohl. Die Macht der „Braunen“ war relativ gering, der „rot-schwarze“ Zusammenhalt beruhigend groß. Als Hitler 1938 die Stadt besuchte, bemerkte G. keinen Jubel in den Straßen. Er konnte sich der HJ mit ärztlichem Attest entziehen. Bedrohlich war die Ermordung des oppositionell predigenden Vikars König in Dachau. Als 1942 der Bombenkrieg die Stadt erreichte, fand der Unterricht oft in Luftschutzstollen unter der Schule statt; bei Einschlägen bebte die Erde. Der Vater zeigte den Kindern das zerbombte Essen, wo Verwandte starben, und erklärte ihnen, dass der Krieg verloren sei. Er erreichte, dass alle Kinder bei Verwandten auf dem Land unterkamen, während er selbst die von der NSDAP kontrollierte Kinderlandverschickung begleiten musste.

Nach Kriegsende setzte G.P. seine Ausbildung fort. Er kam als engagierter Lehrer ins Ruhrgebiet zurück. Sagen frühere Schüler, sie hätten kritisches Denken von ihm gelernt, so macht ihn das stolz.

M.K., *1937 in Hattingen, zweites Kind einer kommunistischen Familie, erinnert sich kaum an den Vater, der schon 1938 zur Wehrmacht eingezogen wurde und 1945 in einem Gefangenenlager starb. Die Mutter vermisste ihn sehr; M. beschreibt sie als ernste Frau, ganz auf ihre Kinder ausgerichtet. In ein Dorf am Kaiserstuhl evakuiert, verbrachte M. die frühen Jahre zwischen Fremdsein und freiem Spiel in „saftiger“ Natur, bis das Näherrücken der Vogesenfront die Mutter mit inzwischen drei Kindern auf einen mühe- und angstvollen Treck zurück nach Hattingen zwang. Hunger, Wohnungsnot und verzweifelte Kämpfe ums Überleben prägten die folgende Zeit, in der die Großeltern Rückhalt gaben. Bis heute kennt M.K. Menschen, die Krieg und Not traumatisiert haben.

Bald nach Kriegsende reorganisierte sich die KPD. Mit ca. neun Jahren war M. dabei, als Überlebende aus Konzentrationslagern erzählten und über die politische Ordnung Deutschlands debattiert wurde. Sie begann, ihre Erfahrungen mit marxistischem Denken zu verbinden; Ausbeutung von Menschen ist für sie bis heute die Hauptursache von Kriegen. Sie wählt

die „Linke“, weil sie Militäreinsätze ablehnt. Es empört M.K., dass Frauen und Kinder, für deren Rechte sie sich als Mutter, Lehrerin und in der Frauenbewegung engagiert hat, auch gegenwärtig in Afghanistan, Somalia und vielen anderen Ländern unter Kriegen leiden.

P.S., *1942 in Frankfurt-Hoechst, hat nur knappe Eindrücke vom Krieg bewahrt. Wenige Bombenangriffe (die Chemischen Werke wurden nicht getroffen), erschrecktes Mitgerissenwerden zum Bunker, beengtes Wohnen im Westerwald, wo er mit der Mutter evakuiert war. Intensiv erinnert er sich dagegen an die Nachkriegszeit, als mit Einzug der Amerikaner ein „anderer Wind wehte“. Für P. begann in normal empfundener Armut, unter „Straßenkindern“ am Mainufer, eine Zeit spannender Spiele und Entdeckungen, die er „praktisches Überlebenstraining“ nennt. Der Vater, in die NSDAP eingetreten, um Beamter zu bleiben, büßte zwei Jahre beim Straßenbau, ohne Selbstmitleid zu entwickeln. Er war ein verlässlicher Begleiter für seinen rebellischen, kreativen Sohn, der sich außerhalb der Schule intellektuelle Anregungen von Kafka bis Kommunismus holte, der Kunst studierte und früh zu schreiben begann. Nach Jahren journalistischer Arbeit wurde er sesshaft in Dortmund, angezogen von den Menschen, ihrer produktiven Arbeit unter schweren Bedingungen, ihrer „halsstarrigen Widerständigkeit“ und Stärke, deren Wertschätzung seine Kulturarbeit zum Ausdruck bringt.

Der Gedanke an Krieg erfüllt P.S. mit absolutem Widerwillen, denn dieser sei unvereinbar mit kreativem Leben und Lösen von Problemen.

H.D., *1938, überlebte 1942 einen Luftangriff auf seine Geburtsstadt Rostock. Die Silhouette der Stadt in Flammen, Sirenen, zusammenkrachende Häuser, fahle Gesichter der Erwachsenen, die ihn packten und in den Bunker hetzten, haben sich ihm eingebrannt. Bis heute gehen Sirenen ihm unter die Haut. Er hasst diese Erinnerungen.

H. wuchs mit einer humanistisch gesinnten Mutter und vier Geschwistern heran; der Vater blieb ihm fremd. Er war Pfarrer, gehörte den nationalsozialistischen „Deutschen Christen“ an und starb 1944 als Soldat. H., ein Kind der „vaterlosen Gesellschaft“, ging stets wach auf Herausforderungen zu und wuchs an ihnen in seine Zeit hinein. Großen Einfluss hatten Freundschaften, u.a. zu einem jüdischen Mitschüler, und jugendliche Diskussionskreise über philosophische und politische Themen (Ökumene, Europa). Bei einem Ausflug ins Ruhrgebiet sah er schockiert die Gegensätze von Armut und Reichtum, bei späterem USA-Aufenthalt den konkreten Kampf der Civil-Rights-Bewegung und ihre alternativen Projekte. Als Pfarrer wirkte H.D. aktiv während der 1968er Bewegung in der Bochumer Evangelischen Studentengemeinde, dann in Marl für das friedliche Zusammenleben der Religionsgemeinschaften. Er hat Stellung bezogen gegen geostrategische, vorgeblich humanitäre Militäreinsätze, weil Antikriegsorientierung und politisches Engagement selbstverständlich zu seiner Identität gehören.

Die sechs Biografien sind hier kurz zusammengefasst, dennoch vermitteln sie wertvolle Einsichten. Sie sind individuell sehr verschieden, aber bezeugen Gemeinsames: Leid und extreme Ängste der Kinder, wenn der Krieg mit tödlichen Bedrohungen in die vertraute Umgebung einbrach, wenn Angst oder Verlust beschützender, geliebter Menschen spür-

bar wurden und extreme Not die Lebenskraft aufzehrte. Diese Erschütterungen beeinflussen das ganze Leben, wie bereits Hans Keilson in seiner bahnbrechenden Studie „Sequentielle Traumatisierung bei Kindern“ nachgewiesen hat.

Die Interviewten hatten jedoch das relative Glück, sogar unter Krieg und Diktatur in oppositionellen, alternativen Milieus verschiedener Prägung zu leben und sich bis weit in die Nachkriegsjahre hinein unter fördernden Einflüssen zu entwickeln. Dazu gehörten verlässliche sozial-emotionale Beziehungen, Geborgenheit und Fürsorge durch die Familie, kulturelle Anregungen, Freiräume für eigenständiges Denken, auch für politisches Handeln, emotional starke, konstruktive Vorbilder und konkrete Visionen einer Welt, besser als diejenige, in die sie hineingeboren wurden. Die Kriegserlebnisse waren so schrecklich und der Wunsch nach friedlichen, humanen Verhältnissen hier und weltweit so stark, dass sie ihn nie aufgegeben haben und sich – sei es privat, sei es öffentlich – dafür einsetzen.

Johanna Fleischhauer, Sozial- und Politikwissenschaftlerin, arbeitete an Fachschulen für Sozialpädagogik. Sie hat sich mit Traumapsychologie und Friedensforschung beschäftigt und in Eritrea empirisch untersucht, wie Heranwachsende sich in Kriegs- und Nachkriegszeiten entwickeln. Ihr Buch: „Von Krieg betroffene Kinder“ erschien 2008 im Verlag Budrich UniPress.

Lesetipp

Bernd Greiner

9 / 11: Der Tag, die Angst, die Folgen

C.H. Beck, München 2011, 280 S., geb., 26 Abb./1 Karte

Zehn Jahre nach dem Tag der Anschläge auf Symbole nordamerikanischer und damit westlicher Macht, an dem mehrere tausend Menschen mit vier Flugzeugen durch Selbsttötter fast beiläufig ermordet wurden, trägt der Autor zusammen, was folgte.

Er führt akribisch recherchiert vor, wie in der Folgezeit Angst konsequent geschürt und instrumentalisiert wird. Er benennt deutlich die verschiedenen Maßnahmen und die Instrumentarien, die die gerade gewählte Bush-II-Regierung betreibt, um ihre politischen und ökonomischen Zielsetzungen durchzusetzen. Der Autor zeichnet das an Verästelungen reiche Bild der zynischen Demontage demokratischer Grundlagen, die bis heute fortwirkt. Greiner zitiert Bush II mit dem Satz: „Ich entscheide was für die Exekutive Gesetz ist.“ Er zeigt auf, wie mit dem Ziel einer „imperialen Präsidentschaft“ die Exekutive sich selbst zum Handeln ermächtigt. Das präsidiale Handeln wird gleichzeitig in eine lange, konkret belegte historische Linie der Präsidentschaften seit dem Vietnamkrieg und Nixon gestellt. Genaues Lesen ist erforderlich, denn einem platten Anti-(Nord-)Amerikanismus wird hier nicht das Wort geredet, wir befinden uns vielmehr im „Maschinenraum“ demokratischer Verfasstheit, bei ihren Schmier- und ihren Bruchstellen. Greiner zeigt weiter, wie die Verfassung angepasst und wie der Kongress zur Selbstentmachtung getrieben wird. Er benennt diese Vorgänge mit den Personen, die diese Weichen stellen, die bis heute wirksam sind. Es ergibt sich das Bild einer abschüssigen Rampe, die mit der Seife einzelner Entscheidungen geschmiert wird. Die zynisch begleitende Sprache wird an vielen Beispielen gezeigt. Dazu gehört die Bezeichnung verdeckter und militärischer Operationen, die Ordnungspolitik eines „starken“ – weil unzureichend kontrollierten – Präsidenten. Ein entmenschetes Beispiel unter vielen ist die Rechtfertigung von Folter als notwendiger Selbstverteidigung (S.184), „to GITMO-ize“, eine der Guantanamo entsprechende härteren Gangart in dem unter Vortäuschung falscher Tatsachen völkerrechtswidrig besetzten Irak. Greiner zieht entlang vieler konkreter Beispiele unterschiedlicher Ebenen seine Konsequenz: Die USA mache „sich selbst und andere, also auch uns, zu Geiseln ihrer eigenen Politik ...“ (S.249).

Wer dieses Buch liest, ist aufgefordert, die aufgeführten Instrumente und Handlungsweisen im Licht ihrer Folgen und fortdauernden Konsequenzen für sich und unsere Gesellschaftsordnung anzuschauen und zu helfen, sie wieder auf ein demokratisches, ein menschlich verantwortbares Handeln zurückzuführen.

(Manfred Walz)

Angela Kluge

Opfer in den aktuellen Krisen und Kriegen

Flüchtlinge hier im Asyl – rechtlos und arm

Fast täglich hören wir die Nachrichten über kriegerische Auseinandersetzungen in der Welt. Menschen werden misshandelt und getötet, Menschen fliehen aus ihrer Heimat. Die Flüchtlinge leben meist unter schrecklichen Bedingungen und wir haben Mitleid mit ihnen und spenden sehr viel, um Menschen in aller Welt in Notsituationen zu helfen. Doch was passiert, wenn diese Menschen es irgendwie schaffen, nach Deutschland zu kommen mit dem Wunsch, hier ein menschenwürdiges Leben führen zu können, ohne Angst um Leib und Leben? Wie empfangen wir sie? Wie geht der Staat, wie gehen die Gemeinden konkret mit ihnen um? Dazu hier ein Beispiel aus Bochum:

Vom Grundrechtsträger zum Kostenpunkt

Angekommen in einer Gemeinde, ist der Flüchtling nun Asylbewerber und kostet den deutschen Staat Geld. Ist er vielleicht traumatisiert, seelisch am Ende? Niemand fragt ihn danach.

Der Weg des Flüchtlings führt zuerst durch die verschiedenen Ämter, bevor er in einem der derzeit noch drei Übergangwohnheime untergebracht wird. Er erhält ein Metallbett und eine sehr dünne Matratze, einen Metallspind, einen Stuhl, einen Tisch, einen Kühlschrank, einen 2-Platten-Kocher, Bettwäsche, Geschirr, Besteck und zwei Töpfe. Die Unterkunft ist besenrein, aber nicht sauber, und Familien teilen sich mit anderen eine Wohneinheit. Er erhält Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, im Regelfall 204,52 € für den sogenannten Haushaltsvorstand. Ein Dolmetscher zur Verständigung mit den Ämtern wird nicht gestellt. Die schwierige Kommunikation führt manchmal zu einem wenig freundlichen Umgangston bei den Ämtern. Das Sozialamt verlangt die Eröffnung eines Kontos, aber die städtische Sparkasse weigert sich oft, wenn der Aufenthalt nur wenige Monate gültig ist. Der Flüchtling ist beiden hilflos ausgeliefert.

Bei der Ankunft sind die Flüchtlinge nur mangelhaft gekleidet. Es fehlt ihnen vor allem an robusten Schuhen, warmer Kleidung und Jeans. Sie sind auf Spenden angewiesen, denn das Geld muss reichen für Lebensmittel, Hygieneartikel, Küchen- und Putzutensilien, Putz- und Waschmittel, Fahrkarten usw. Wollen die Asylbewerber einen Arzt aufsuchen, müssen sie sich beim Sozialamt einen Krankenschein besorgen. Überweisungen des Arztes sind nicht möglich, allein das Sozialamt entscheidet über die Notwendigkeit einer weiteren Behandlung oder z.B. einer Bandage. In schwerwiegenden Fällen liegt die Entscheidung beim Gesundheitsamt.

Als Flüchtling im Übergangwohnheim an der Krachtstraße

Die Unterbringung der Flüchtlinge in dem Übergangwohnheim Krachtstraße in Bochum-Werne bereitet seit einiger Zeit große Probleme. Die ehemalige „Vorzeigeeinrichtung“, mit meist nur vier Wohneinheiten pro Haus, ist

inzwischen in einem sehr schlechten baulichen Zustand. Undichte Dächer, Schimmel, marode Wasserleitungen und marode Elektrik sind die Folge davon, dass die Stadt Bochum jahrzehntelang nur notdürftig „geflickt“ hat. Obwohl die Anlage in Werne für die Flüchtlinge eine optimale Infrastruktur bietet (unter anderem den Zugang zu einer Kindergruppe und einem Sprachkurs vom Evangelischen Arbeitskreis Asyl sowie einem VHS-Sprachkurs), soll das Heim so schnell wie möglich geschlossen und nicht saniert werden.

Aus diesem Grund werden die Flüchtlinge, wie auf einem Schachbrett, in andere Heime (z.B. nach Wattenscheid) verlegt, in denen Wohnraum frei wird, oder in neu geschaffene kleinere Heime. Alle Kontaktpersonen sind neu, was vor allem für die Kinder Stress bedeutet und die Kindergartenkinder bekommen ad hoc kaum einen neuen Platz. Die Bedingungen für eine Integration werden so noch einmal erschwert – sie ist für Flüchtlinge politisch wohl auch gar nicht gewollt.

Privatwohnungen dürfen nur mit der Erlaubnis des Ausländeramtes angemietet werden, das heißt, wenn der Asylsuchende einen „sicheren Aufenthaltsstatus“ erhält. Das kann jahrelang dauern. Und so wird die Bezeichnung „Übergangsheim“ ad absurdum geführt. Nur ein vom Gesundheitsamt geprüftes ärztliches Attest berechtigt zum Umzug in eine Privatwohnung. Ein Leben zwischen Hoffen und Bangen (das mit der Flucht zu überwinden versucht wurde). Und die Angst, abgeschoben zu werden, ist bei den Asylsuchenden immer präsent und ermöglicht keine Perspektive auf ein normales Leben.

Einfach weg

Wenn eine Abschiebung vorgenommen wird, kommt in Bochum (anders als z.B. in Gelsenkirchen) unangekündigt gegen 4.30 Uhr das Ausländeramt mit der Polizei. Sie schrecken die Flüchtlinge, oft mit deren kleinen Kindern, aus dem Schlaf. Diese haben dann etwa eine Stunde Zeit, das Wichtigste zu packen. Ausnahmslos alle Betroffenen und Mitbewohner sind in dieser Situation völlig traumatisiert, reagieren auch zum Teil aggressiv und werden in Handschellen gelegt. Dann werden die Abzuschiebenden zum Flughafen gefahren.

Im Kindergarten und in der Schule fehlen die Kinder; sie konnten sich noch nicht einmal verabschieden. Sie waren „nicht anerkannte“ Flüchtlinge. Ihr Asylantrag wurde abgelehnt. „So gefährlich für Leib und Leben ist es doch nicht ...“ – in Syrien, in Ägypten, in Afghanistan, in Pakistan, im Iran, im Irak, in Eritrea, in Somalia, in Angola und schon gar nicht für Roma im Kosovo, in Mazedonien und Serbien –, sagen die deutschen Gerichte.

Angela Kluge, Flüchtlingsberaterin im Büro des Evangelischen Arbeitskreises Asyl im Kirchenkreis Bochum am Übergangsheim Krachtstraße in Bochum-Werne, Telefon: 0234/230387, E-Mail: akasylbo@web.de

Jochen Gester

IG Metall – „in gefährlichen Gewässern“

Es war eine unerwünschte Publicity für die IG Metall, für die ein Artikel des Online-Portals „German-Foreign Policy“ (GFP) am 08.09. mit der Überschrift „Deutsche Systemführerschaft“ sorgte. Das GFP-Portal setzt sich kritisch mit der deutschen Außenpolitik auseinander und steht außer Verdacht, gewerkschaftliche Politik von rechts zu attackieren. Offensichtlich sollte dieser Artikel vor einer verhängnisvollen Entwicklung warnen, die die Autoren darin sahen, dass sich die IG Metall „zum Umbau der Bundeswehr zur global operierenden Interventions- und Besatzungsarmee“ bekenne und eine „drastische Ausweitung der deutschen Rüstungsexporte“ fordere.

Als Quellen dienten ihnen vor allem ein Papier des IG Metall-Vorstands zur Lage des militärischen Schiffbaus und zum anderen eine Studie des ehemaligen Abteilungsleiters Hartmut Kühle vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans Böckler Stiftung (WSI) zur „Neustrukturierung des deutschen Rüstungsmarktes als industriepolitische Aufgabe“. Kühle ist auch Mitglied des „Arbeitskreises Wehrtechnik und Arbeitsplätze in der IG Metall“. Im Vorwort des aktuellen Kurzreports der IG Metall-Studie erweckten die Vorstandskolleginnen Rohde und Blankau zwar zunächst den Eindruck, als habe sich an den Grundpositionen der IG Metall zur Notwendigkeit von Rüstungskonversion seit 25 Jahren nichts geändert. Doch in der Studie selbst tauchen Perspektiven zur Arbeitsplatzsicherung, wie sie in den achtziger Jahren von den Arbeitskreisen „alternative Produktion“ entwickelt wurden, überhaupt nicht auf. Auch wird der Forderungskatalog eingeleitet mit einem klaren Bekenntnis zur Rüstungsindustrie: „Der Erhalt der wehrtechnischen Kernfähigkeit im Marineschiffbau ist für die IG Metall von nationaler Bedeutung. In den Hauptsegmenten des deutschen Marineschiffbaus ... gilt es, technologisch sowohl für die Einsatzfähigkeit der deutschen Marine als auch für die Exportfähigkeit der jeweiligen Produkte eine leistungsfähige Basis sicherzustellen.“ Im Kurzreport werden das Konzept und die Praxis weltweiter Militäreinsätze von Bundeswehr und NATO wie eine vorgefundene Umwelt kritiklos hingenommen ohne Alternativen zu erwähnen. In der Logik dieser „Umwelt“ wird dann auch argumentiert. Am Ende steht folgende Schlussfolgerung: „Daher bleibt aktuell für alle militärischen Anbieter nur der Weg, die Exportanstrengungen auf dem weltweiten Rüstungsmarkt zu erhöhen und eine beschäftigungssichernde Auslastung der Kapazitäten im Verkauf von Waffensystemen an ausländische Marinen zu suchen.“

Das ist ein unzweideutiges Plädoyer für die Ausweitung der deutschen Rüstungsexporte, die sich ja bekanntlich schon in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt haben und den „Exportweltmeister“ auch hier auf Platz 3 der Weltrangliste beförderte.

„Rüstungsindustrie als strategische Branche und Instrument der Außenpolitik“?

In noch deutlicherer Form und geradezu als Tabubruch finden sich diese Orientierungen in der Studie von Hartmut

Kühle, in der steht: „Das bisherige Dogma, dass die wehrtechnische Industrie ausschließlich zur Bedarfsdeckung der Bundeswehr produzieren und der Staat nur zu diesem Zweck ihre Kernkompetenzen unterstützen soll, ist historisch verständlich, aber unter den heutigen Bedingungen weltfremd. Industriepolitik für die Wehrtechnik ist vor allem Auftragsvergabe und Exportförderung.“ Der Autor argumentiert dafür, dass endlich „auch in Deutschland die Rüstungsindustrie als strategische Branche und Instrument der Außenpolitik begriffen wird“. Er benennt den Widerspruch zwischen den existierenden Restriktionen für die Waffenexporte und der Tatsache, dass trotzdem immer wieder Waffen in Spannungsgebiete geliefert werden. Doch er möchte nicht das Unterlaufen der Restriktionen beenden, sondern fordert ein Ende der Restriktionen und damit den Bruch mit einer ganzen Tradition, die aus den deutschen Erfahrungen zweier Weltkriege geboren wurde. Auch dient ihm die Bundeswehr als weltweite Interventionsmacht als Folie für seine Schlussfolgerungen. Kühle zitiert schließlich zustimmend den Marburger Politikwissenschaftler Wilfried von Bredow, der resümiert: „Wer ... einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat anstrebt, ... der muss in der Tat Weltordnungspolitik machen wollen und machen können.“

Die Situation in der IG Metall ist jedoch etwas komplizierter als es der Artikel aus German Foreign Policy nahelegt. Auch wenn kaum daran zu zweifeln ist, dass die von der GFP kritisierten Positionen zur Rüstungs- und Sicherheitspolitik in der SPD auf einen breiten Konsens stoßen und ihre Parteigänger im IG Metall-Vorstand bisher nicht mit Protesten dagegen aufgefallen sind, liegt die Situation in der IG Metall etwas anders. Auf dem Gewerkschaftstag 1992 wurden nach einer kontroversen Debatte die Umwandlung der Bundeswehr in eine weltweit verfügbare Einsatztruppe mehrheitlich abgelehnt und auch klare Positionen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle bestätigt. An dieser Beschlusslage hat sich bis heute nichts geändert.

Der Vorstand hat sich durch seine Verantwortung für den kritisierten Kurzreport hier auf ungesichertes Terrain begeben. Als auf dem letzten Gewerkschaftstag Delegierte dieses Thema zur Sprache brachten, bestritt er, die offiziellen Positionen revidieren zu wollen. Auch der Kurzreport verschwand ohne Kommentar aus dem IGM-Portal. Man sollte sich jedoch auch über die Einstellung der Belegschaften in der Rüstungsindustrie keine Illusionen machen. Auch hier dominiert vor allem der Stolz auf die Leistungsfähigkeit der Produkte eigener Hände Arbeit. Die Verantwortung für die Nutzung dieser „Meisterwerke“ wird verdrängt. Klar ist jedoch: Eine Gewerkschaft wie die IG Metall darf sich nicht von einer – wenn auch gut organisierten und gut entlohnten – Minderheit mit dem berühmten Arbeitsplatzargument quasi in Geiselschaft nehmen lassen, wenn es um „die Seele der Organisation“ geht.

Jochen Gester, Aktivist des Berliner Arbeitskreises Internationalismus der IG Metall, früherer Informationselektroniker; heute Politologe und Sekretär der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt.

Lesetipp

Andreas Buro

Gewaltlos gegen Krieg. Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten.

Brandes & Apsel, Frankfurt a.M 2011

„Nicht Abgrenzung sondern Entgrenzung ist die Aufgabe“. Andreas Buro verbindet Privates und Politisches in seinen sehr gut lesbaren und unbedingt lesenswerten Lebenserinnerungen. Das macht ihn glaubhaft, weil er auch darlegt, wie er politische Analysen und Konzepte selber lebt und Katastrophen erträgt. Sein Buch schließt mit Verweis auf „Gramscis Pessimismus des Wissens, Optimismus des Handelns und Vertrauen in die nachfolgende Generation“. – Privates: Familie Buro mit vier Kindern; sein Sohn Julian klettert im Alter von 13 auf eine Hochspannungsleitung und erleidet schwere lebenslange Beeinträchtigungen. Andreas und seine Frau stellen sich der Verantwortung fürsorglich und auf gleicher Augenhöhe. A.B. pflegt seine sterbende Frau, er teilt seine (bewegenden) Tagebuchaufzeichnungen vom Sommer 1986 mit; er erzählt von seiner Jugendliebe und ihrem frühen Tod, von seiner Partnerschaft mit der ebenfalls verwitweten Ursula Emmerich im hohen Alter. Er erzählt von Pflanzen, Bäumen und großen Sommerfesten in ihrem Haus und Garten im Dorf am Rande von Gräfenwiesbach im Taunus, bei Frankfurt am Main, hier durchlief er sein zweites Studium bis hin zur Professur in Politikwissenschaft/Internationale Beziehungen.

A.B. kommt bei den zahlreichen politischen Krisen und Friedens-/Menschenrechtskonflikten immer wieder über das Tagesereignis hinaus auf deren Kern zu sprechen und berichtet von Lösungsvorschlägen im Sinne von De-Eskalation. So sind diese Lebenserinnerungen wie ein politikwissenschaftliches Kompendium bzw. handlungsorientiertes Handbuch: Gegen Kriegsdienst – Kriegsdienstverweigerung. Gegen Atomwaffen – Ostermarsch, Anti-Atom und die Kampagne für Demokratie und Abrüstung (bis 1970). Gegen die Nachrüstung ab 1979 – die neue Friedensbewegung. Gegen die sog. „humanitären“ militärischen Interventionskriege und die sog. „Zivil-Militärische Zusammenarbeit“ seit den 1990er Jahren – die aktuellen Friedensnetzwerke, Mobilisierungen und Deeskalationsvorschläge zu Irak, Jugoslawien, Afghanistan. Sehr aktuell, was er in diesem Sinne zur Kurdenfrage in der heutigen Türkei, zum Krieg in Afghanistan, zum drohenden Krieg gegen den Iran und zu Israel-Palästina sagt (S. 172 ff, 296ff). Wie brisant und wahr ist seine

Warnung „Nationalistische Politik braucht Feinde“ (S. 242) im Herbst und Winter 2011/2012 hierzulande und in der EU!

Für A.B. sind seine Vorschläge auch system-transzendierend: Nach seiner frühen Kritik am autoritären bürokratischen „Sozialismus“ (A.B. musste selber nach seinem – ersten – Studium als Forstwissenschaftler 1951 Ost-Berlin/die DDR verlassen.) ist sein/ein streitbarer Pazifismus/Antimilitarismus, d.h. die „Zivile Konfliktbearbeitung“ nicht nur etwas Praktisch-Pragmatisches-Allzu-Pragmatisches. Sondern systemsprengend sieht er Schritte auf dem Weg in eine andere Welt und heraus aus dem Kapitalismus/Imperialismus. „Pazifismus ist kein kurzfristiges Wundermittel, um aufeinander-zurasende Militärzüge noch vor dem Zusammenprall zu stoppen. Pazifistische Politik ist langfristig angelegt und anzulegen. Sie zielt graduelle Erfolge an, nutzt aktuelle bestehende Spielräume. Aber sie hat nicht weniger im Sinn als einen Bruch mit jenem kriegerischen Grundmuster von Politik, das immer noch als Normalität gilt“ (S. 309 f, aus einem Positionspapier von 2004 zusammen mit Arno Klönne). Und auch ihm ist das Kooperativen-Netz in Europa „Longo mai“ Vorschein auf „eine andere Welt“ (S. 276).

A.B. ist ein streitbarer Pazifist: Er zitiert Ghandi „Gib dem Kampf einen positiven Inhalt! ... Schenke dem Gegner Vertrauen! ... Beurteile ihn nicht härter als dich selbst! ... Verberge Deine Pläne nicht! ...“ (S. 84). In diesem Geist hat er in allen Konflikten und Kriegen Vorschläge, „positive“ Positionen erarbeitet und durch geeignete (kleinere, bewegliche, radikale und nicht-bürokratische) Institutionen mit Gleichgesonnenen in sozialen Bewegungen und Kämpfen interveniert: Nachdem wegen des sowjetischen Einmarsches in Prag 1968 und in den Frontbildungen „1968“ die „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ nicht mehr arbeitsfähig war, gründete A.B. das Sozialistische Büro (ab 1970), das Komitee für Grundrechte und Demokratie (ab 1980), die Helsinki Citizens' Assembly (ab 1990), das Monitoring-Projekt: Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention (seit 2005).

A.B.s Leben ist übrigens auch ein Lehrstück gegen einen Determinismus in Sozialisationstheorien: Geboren 1928, in einem eher großbürgerlichen Haus in Berlin und als „Zögling“ auf der Ritterakademie in Brandenburg in der Nazi-Zeit aufgewachsen, lebt er dennoch unermüdlich gegen den Strom. Sein Leben ist eine Gegen-Lektüre zu (sozialpolitisch immer nötigen!) Bildungs-Sozialisationskonzepten, denen zufolge das Wesentliche in den ersten Lebensjahren eines Kindes bis 4 bzw. 6 Jahren vorprogrammiert sei!

(Hartmut Dreier)



Wir in Gaza*Heilige Drei Könige 2009*

Gehen wir zusammen
 das Feld hoch
 am großen einsamen
 Baum vorbei
 wüstenhelles Licht
 im weiten Schnee
 Schlagschatten der Äste
 nicht zu fassen nah
 schwarz und weiß
 die Zeit auf dem Papier:

Eine Hamasrakete trifft einen Säugling!

Die Welt lichtet sich
 ganz und gar eine Zukünftige
 verschrieben der Macht
 weltweit nur noch töten
 der Freiheit zu leben:

Mehr als 700 Tote im Streifen an sieben Tagen!

*Nach Abzug der Siedler aus Gaza ist alles sonst
 Verbliebene eingedost und kann entsorgt nun werden.*

Wir in Gaza! Gehen wir zusammen! Wir alle!

*Anton Schlösser***Ein Lied**

nochn Lied
 mene Tekel

Kontakt
 zum Unbedingten

un be dingt
 nich am Ding
 “ vom “
 “ im “

aber wo?

mene Geister
 Schrift issen König-
 reich gzhält
 unvollendet

voll en det
 g “ “
 oder was für
 TAKELAGE
 in mene Tekel
 leicht aufer Waag
 schwer im Bett

Der König befahl den Profiten
 mit Purpur zu kleiden
 Kette um den Hals schon
 war der Anstifter tot

Anton Schlösser

Christian Sigrist

Der Beitrag der Münsteraner Politikwissenschaft zur zivil-militärischen Kooperation (cimic)

Der folgende Text greift eine lokale Zeitungsmeldung auf: Am 29.6.2011 erschien in den Westfälischen Nachrichten ein Artikel: Studieren beim Militär. Das unter diesem Titel platzierte Foto dokumentierte die Relationen in der Kooperation von Universität und Deutsch-Niederländischem Korps: Unten sitzen ein behäbiger Professor der Politikwissenschaft und zwei Doktoranden. Darüber stehen – etwas ranker als der Professor – die beiden Kommandeure des Korps.

Der Professor, Reinhard Meyers, ist nicht nur wegen seines Habitus denkbar ungeeignet für das Projekt, Doktoranden durch Assistieren bei Planspielen für den Einsatz in Katastrophengebieten zu qualifizieren, z.B. in ‚failed states‘ wie Afghanistan. Meyers fehlen dafür die notwendigen „Feld“-



Forschungserfahrungen. Das zeigte sich z.B. bei der unzureichenden Anlage einer Studie zu regionalen Interventionen in Afrika. Der

begabten und engagierten Doktorandin wurde nicht vermittelt, dass militärische Konflikte auf diesem Kontinent auch mithilfe ethnosozilogischer Studien analysiert werden müssen. Außerdem wurde ihr kein einziger Kontakt zu einem Gesprächspartner auf Generalsebene vermittelt. So wurden vor allem Politologen und Journalisten interviewt.

Keine Vermischung von humanitärer Hilfe und militärischer Intervention!

Entsprechend der Korps-Struktur nehmen auch niederländische Studenten an der Übung teil. Das Politologenkonzzept sieht die Einbeziehung von NGOs insbesondere auch im Bereich moderner Katastrophenhilfe – fachlich durch einen Mediziner von der Fachhochschule vertreten – vor. Das Kompetenzzentrum humanitäre Hilfe an der FH Münster stellte Mitte Januar 2012 weiße Zelte vor dem Schloss (Sitz der Uni-Verwaltung und des Rektorats, das das Politologenprojekt unterstützt) auf. Interessanterweise wird hier die Zusammenarbeit mit dem NATO-Militär und auch mit Meyers nicht erwähnt.

Die Kooperation mit NGOs soll von der subalternen Rolle der Politikwissenschaft im Verhältnis zum Militär ablenken. Damit wird aber das grundlegende Dilemma der ‚cimic‘ (zivil-militärischen Kooperation) deutlich; vor allem im medizinischen Bereich ist die Vermischung von humanitärer Hilfe und militärischer Intervention besonders gefährlich. NGOs können auch ohne militärischen Schutz arbeiten, wenn ihre Hilfe von den Betroffenen akzeptiert wird. Durch die Vermischung beider Interventionen werden die NGOs gefährdet und auf Dauer von militärischem Schutz abhängig. Im Kontrast

zu diesem ‚cimic‘-Programm hat Dr. Christine Idems, die als Krankenschwester im Auftrag von Cap Anamur u.a. in Ruanda und Sudan arbeitete, bewiesen, dass humanitäre Hilfe ohne systematische Koordination mit dem Militär möglich ist. In ihrer 2011 angenommenen Dissertation ‚Paradoxien humanitärer Hilfe‘ zeigt sie, wann eine situative Zusammenarbeit mit Militärs, z.B. bei Blutspenden, gerechtfertigt sein kann.

Krieg spielen in Münster?

Die Assistenz der Doktoranden des Münsteraner ‚cimic‘-Projekts besteht in der Mitwirkung an Simulationskonzepten. Aus dem Jahr 2008 ist mir eine UN-Simulation an der WWU-Münster in Erinnerung geblieben. Die Studierenden spielten UN-Vollversammlung, offensichtlich durchdrungen von ihrer Wichtigkeit, die sich in der Beachtung diplomatischer Regeln niederschlug. Die fachliche Vorbereitung war allerdings katastrophal: Zu Afghanistan wurden falsche Informationen verbreitet – die studentische Moderatorin des Spiels lehnte es auch ab, die bereits verteilten Informationen selbst zu berichtigen. Als Kommissionsthema wurde ausgerechnet die Beseitigung des Opiumanbaus in Afghanistan gewählt. – Einsätze in Krisengebieten lassen sich nicht wirklich ‚fernab vom Schuss‘ simulieren. Nur die Zusammenführung von erfahrenen Katastrophen Helfern im Einsatzgebiet kann eine solide Lösung sein.

Das Münstersche ‚cimic‘-Projekt hat inzwischen einen großen Schritt nach vorn gemacht: Linnart Holtermann hat eine Magisterarbeit vorgelegt über ‚Endogene nicht-staatliche Gewaltakteure als alternative ‚Sicherheitsproduzenten‘ in Räumen begrenzter Staatlichkeit? Die ‚Jihadi‘-Milizen als staatlich geförderte Elemente der lokalen Sicherheitsarchitektur in der nordafghanischen Provinz Kunduz‘. Die verquaste Sprache passt hervorragend zum hastigen Rückzug der Bundeswehr aus dem in der Nachbarprovinz Takhar gelegenen Talqan. Entgegen meiner frühen Warnungen hatten noch 2006 deutsche Experten an das Mantra geglaubt: Der Norden ist sicher. Am 19.5.2007 ‚fielen‘ bei einem Selbstmordanschlag auf dem Bazar von Kunduz drei deutsche Soldaten. Das von dem Angstbeißer Oberst Klein verantwortete Massaker vom 4.9.2009 beendete diese Illusion vollends.

Holtermanns 270 Seiten starke Arbeit wurde außer von Meyers von Dr. Sven Bernhard Gareis betreut. Gareis ist ‚German Deputy Dean‘ am ‚Marshall European Center for Security Studies‘ in Garmisch-Partenkirchen und kooperiert mit dem Weiterbildungsprogramm der Bundeswehr. Die Magisterarbeit wurde vom Förderverein des Politikwissenschaftlichen Instituts ausgezeichnet. Dies wurde am 11.11.2011 feierlich mitgeteilt (alaaf!).

‚Counter-insurgency‘ in Afghanistan

In Afghanistan haben die US-Besatzer das Konzept der ‚Provincial Reconstruction Teams‘ (PRT) zuerst 2003 im Khoster Becken angewandt. Die durch das Zurückströmen der

Taliban „erforderliche“ Bombardierung sollte durch Wiederaufbauleistungen kompensiert werden. Die NGOs haben diese Gleichzeitigkeit von militärischer Gewalt und humanitärer Hilfe als Gefährdung ihrer Sicherheit abgelehnt. Diese auch von Deutschen übernommene Variante von ‚cimic‘ konnte



die sich seit 2006 abzeichnende Niederlage der ISAF nicht verhindern. In dieser Situation versuchte der neue Kommandeur der ISAF und der ‚Afghanistan

US Force‘, General Stanley McChrystal, mit einem weitgreifenden Konzept eine Wende herbeizuführen. Am 30.8.2009 verkündete er sein ‚Commander’s Initial Assessment‘ (abgekürzt: C.I.A.). Es geht um eine neue Form der Aufstandsbekämpfung (counter-insurgency) in Afghanistan: näher an der einheimischen Bevölkerung mit weniger zivilen Opfern. Bereits am 4.9.2009 hat das von Klein angeordnete Massaker bei Kunduz diesen ehrgeizigen Plan erheblich beschädigt. Von McChrystal stammt auch das Konzept des ‚partnering‘: die Qualifizierung und Vergrößerung der afghanischen Sicherheitskräfte durch enge Zusammenarbeit in der Aufstandsbekämpfung. Der General hoffte durch Dynamisierung der Aufstandsbekämpfung innerhalb eines Jahres das Scheitern der NATO abwenden zu können. Die ehrgeizige Aktualisierung des in Vietnam gescheiterten ‚counter-insurgency‘-Konzepts verfehlte jedoch auch in Afghanistan ihr Ziel. Am 23.6.2010 reichte McChrystal sein Rücktrittsgesuch ein.

Frühere Erfahrungen mit ‚counter-insurgency‘

Zur Verhinderung kommunistischer Infiltration in Ländern der Dritten Welt haben amerikanische Regierungen und ihre Dienste akademische Institutionen im Bereich der Anthropologie und Linguistik in den Dienst frühzeitiger Identifizierung von Unruhepotentialen gestellt. In Lateinamerika sollte das Projekt CAMELOT diesem Ziel dienen. Die Wissenschaftler erfuhren erst während ihrer Feldforschung, dass sie periodische Berichte zu schreiben hatten, und erfuhren dabei, dass letzten Endes die CIA ihre Forschung finanzierte. Empörte Wissenschaftler machten diese Zusammenhänge öffentlich und beendeten damit den wissenschaftlichen Beitrag zur vorbeugenden Aufstandsbekämpfung. Damit waren aber die Aktivitäten der US-Dienste nicht am Ende; sie führten im Zusammenwirken mit US-Regierungsstellen und US-Konzernen 1973 zum Sturz der Allende-Regierung und zur Ermordung und Vertreibung Tausender Anhänger der ‚Frente Popular‘. Das Pinochet-Regime garantierte über eineinhalb Jahrzehnte die Sicherheit amerikanischer Investitionen.

Parallel zum CAMELOT-Projekt wurden Anthropologen in Vietnam und Thailand eingesetzt. Dabei spielte die ‚Asia Foundation‘ eine hervorragende Rolle. Während der Campus-Unruhen wurde von Studierenden aufgedeckt, dass auch diese Stiftung eine CIA-Gründung war. Schon zuvor, genauer: seit 1965, hatten amerikanische Anthropologen die Notwendigkeit der Klärung ethischer Probleme der Feldforschung im Hinblick auf ihre militärische Verwertbarkeit festgestellt.

Während mehrerer Jahre wurde diese Frage in der Zeitschrift ‚Current Anthropology‘ von führenden Wissenschaftlern wie Kathleen Gough, Gerald Berreman u.a. auf hohem Niveau diskutiert. Auf mehreren Tagungen gab es Resolutionen, die ihren Höhepunkt 1971 in der Verabschiedung des ethischen Codes der American Anthropological Association (Principles of Professional Responsibility) fanden.

Allerdings kam ein Senatsausschuss des US-Kongresses zur Einschätzung, dass die Aufwendungen für wissenschaftliche Beiträge zur ‚counter-insurgency‘ nutzlos waren und die Niederlage der USA in Vietnam nicht verhindern konnten.

In Afghanistan hat die ‚Asia Foundation‘ jedoch eine bis heute reichende Rolle gespielt: Sie finanzierte in den 1960er Jahren den Bau der Kabuler Universität und zahlreiche Ausbildungsprogramme. Sie kontrollierte die Forschungsprojekte westlicher Wissenschaftler. Die meisten US-Sozial- und Kulturwissenschaftler in Afghanistan arbeiteten für die CIA.

Die NATO hatte den Afghanistan-„Einsatz“ zu ihrer Existenzfrage erklärt. Nach dem schmachvollen Scheitern dieses kostspieligen Unternehmens verlassen auch die Deutschen das sinkende Schiff, als zeternde Ratten: Militärs, politische Führung und Wissenschaftler überhäufen sich mit Schuldvorwürfen. Aber CAMELOT scheint ein Fluch mit Wiederholungszwang zu sein.

Es geht nicht um die Militarisierung der Universitäten – eher um die zivile Camouffierung des Militärs und die Nutzung akademischer Ressourcen. Zivilklauseln in Hochschulverfassung und Hochschulgesetzen sind notwendig, weil sie bei Verstößen die Wikileaks-Methode legitimieren; diese greift menschenfeindliche bürokratische Herrschaft an ihrer Basis, dem Geheimwissen, an.

Christian Sigrist, geboren im Jahr der Verkündung der Nürnberger Gesetze. Alles Weitere folgt daraus.

Konzern Kritik vor dem Aus!



Coordination gegen BAYER-Gefahren braucht 175 neue Fördermitglieder

Klima Pestizide

Gen-Food

Wasserverseuchung

Kartellbetrug Duogynon Bienensterben Aids

Luftverschmutzung Chemiewaffen Giftmüll Lipobay

Gefährliche Antibaby-Pillen Kinderversuch

Kostenlose Infos anfordern.
info2@CBGnetwork.org



www.CBGnetwork.org

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Coordination contre les dangers de BAYER
Coordination contra los peligros de BAYER
Coordination cu contra dos periculos de BAYER
Coordination contra los peligros de BAYER
Coordination against BAYER dangers

Michael Schulze von Glaßer – Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. (Tübingen)

Battlefield 3. Das virtuelle Schlachtfeld

Die USA im Krieg gegen den Iran

Seit dem 28.10.2011 wurde dieses Videospiel Battlefield 3 allein in Deutschland 500.000 Mal verkauft. Das zeigt: Die Bedeutung des Computer- und Videospielemarktes nimmt rasant zu, ebenso wie sein Einfluss auf die Herstellung von Welt- bzw. Feindbildern. In einem der erfolgreichsten Computer- und Videospiele überhaupt – Battlefield 3 – wird der Konflikt zwischen den USA und dem Iran aufgegriffen und dessen Eskalation nur minimal in die Zukunft verlagert, ins Jahr 2014.

„Die Kriegsschauplätze bei Battlefield 3 jagen mir einen kalten Schauer über den Rücken. Nicht nur, weil man in einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg ‚mitspielt‘, sondern weil der medial und politisch von langer Hand vorbereitete Krieg gegen den Iran ebenfalls in Hochglanz über die Moni-



Auf dem Teheraner-Flughafen müssen gegnerische Kampfflugzeuge vom Spieler schon am Boden zerstört werden. Foto: Electronic Arts/DICE. (aus: IMI 2012-5)

tore flimmern wird. In Battlefield 3 soll sich der Spieler mit US-Soldaten identifizieren und so deren Feindbilder und die dazugehörige Politik akzeptieren. Ob er sich darüber hinaus ein Urteil über die echte Weltlage bilden kann oder wird, halte ich für fraglich. Hier zahlen die Spieler noch freiwillig Geld dafür, sich gegen potenzielle Kriegsgräuere desensibilisieren zu lassen“, schrieb Sebastian Biemann in einem Leserbrief im Videospiele-Magazin GameStar und löste damit noch vor Erscheinen des First-Person-Shooter-Videospiels „Battlefield 3“ eine Debatte über dessen Inhalt aus.

Verantwortlich für das Blockbuster-Spiel, welches weltweit ab dem 25. Oktober 2011 (in der EU ab dem 28. Oktober) für den PC und die Spielkonsolen Sony Playstation 3 und Microsoft Xbox 360 erschien, sind das schwedische Entwicklerstudio „Digital Illusions Creative Entertainment“ (DICE) und der US-Publisher „Electronic Arts“ (EA). Battlefield 3 wurde in den ersten beiden Wochen nach Veröffentlichung bei einem Preis von 40 bis 70 Euro allein in der Bundesrepublik über 500.000 Mal verkauft. „Einen besseren Start hat bisher noch kein Actionspiel in Deutschland hingelegt“, resümiert die GameStar auf ihrer Website. Weltweit wurden bis zum 1. November 2011 fünf Millionen Exemplare des Videospiels verkauft. Bis Ende November 2011 sind 12 Millionen Exemplare des Videospiels an den Einzelhandel ausgeliefert worden, von denen bis dahin 8 Millionen verkauft wurden. Dazu wurde das Spiel bis Ende 2011 noch etwa 3,5 Millionen Mal

illegal für den PC und 760.000 Mal für die Xbox 360 illegal aus dem Internet heruntergeladen. Battlefield 3 ist mit seinen Verkaufszahlen (und illegalen Downloads) eines der weltweit erfolgreichsten Videospiele, die es bisher gab.

Videospiele wie Battlefield 3 orientieren sich am Markt. Sie sollen den Unternehmen so viel Geld wie möglich einbringen. Darauf ist auch die im Spiel erzählte Geschichte ausgerichtet: Ein Videospiel mit brisantem Inhalt verkauft sich besser. So merkt der US-Kommunikationswissenschaftler Roger Stahl in seinem 2010 erschienenen Buch „Militainment, Inc. – War, Media and Popular Culture“ an, dass militärische Videospiele heute zunehmend reale Konflikte aufgreifen. Er macht dies etwa am Taktik-Shooter-Spiel „Conflict: Desert Storm“ deutlich. Das 2002 veröffentlichte Spiel versetzte den Spieler als US-Soldat in den Zweiten Golfkrieg 1990/1991, spielte dabei aber klar auf den sich verschärfenden realen Konflikt zwischen den USA und dem Irak an, der im März 2003 zum Dritten Golfkrieg führte. Passend dazu erschien im Oktober 2003 das Nachfolgespiel „Conflict: Desert Storm 2“, in den USA mit dem Zusatztitel „Back to Baghdad“. Auch Battlefield 3 greift einen realen politischen Konflikt auf: den zwischen den USA und dem Iran. Das Spiel sagt einen Krieg zwischen beiden Staaten im Jahr 2014 voraus.

Das sind Gründe genug, sich näher mit Battlefield 3 zu beschäftigen – allerdings eben nicht so, wie es für ein Videospiel üblich ist. Es wird über äußere Formen, nicht aber über den Inhalt der Videospiele diskutiert. Dabei sind die in den Spielen erzählten Geschichten oft hochbrisant.

Die gesamte Studie befasst sich daher vor allem mit dem Inhalt von Battlefield 3 – will diesen auch Nicht-Spielern zugänglich machen – und geht darüber hinaus auch noch auf die Produktion und Vermarktung des Videospiels ein. Im ersten Teil wird die Geschichte des Spiels Level für Level wiedergegeben. Anschließend werden einzelne Punkte der Geschichte aufgegriffen und genauer erläutert: Welche Feindbilder vermittelt das Spiel? Welche Helden werden geschaffen? Dazu soll auch ein Blick auf den Multiplayer- und auf den Kooperations-Modus des Spiels geworfen werden. Darüber hinaus wird auch die Authentizität von Battlefield 3 und die Zusammenarbeit der Spielentwickler von DICE mit dem realen Militär Thema sein. Weitere Abschnitte beschäftigen sich mit dem Battlefield-eigenen Social-Network „Battlelog“, der so spektakulär wie umstrittenen Vermarktungsstrategie von Electronic Arts und dem für das Spiel geltenden Jugendmedienschutz. Am Ende folgt ein kritisches Fazit.

Die gesamte Studie:
IMI-Studie 2012/05 Battlefield 3: Das virtuelle Schlachtfeld
Die Story – Der Hintergrund – Die Produktion – Die Vermarktung
<http://www.imi-online.de/download/IMI-Studie-12-5-Battlefield3.pdf>

Michael Schulze von Glaßer hat Philosophie und Geschichte studiert; er veröffentlicht zum Themenkreis Militarisation, Computerspiele und Netzaktivitäten.

Rolf Stefaniak

China oder garnichts

Der Finanzmarkt hat die Demokratie in eine Krise gestürzt. Die Ansprüche der Finanzwirtschaft gelten mehr als demokratische Regeln. Kaum hatte der griechische Premierminister Georgios Papandreou seinen europäischen Kollegen mitgeteilt, zum Sparkurs werde es in Griechenland ein Referendum geben, wurde er von den Häuptlingen des Euroraums nicht nur zurückgepfiffen, er wurde auch zum Rücktritt gebracht. Auch Parlamentswahlen, so der deutsche Finanzminister Schäuble, seien da eher schädlich (SWR2, 15.02.2012).

Während in kapitalistischen Ländern demokratische Verfahren in Verruf geraten, versuchen manche, die Demokratie als unersetzliche Legitimationsbeschafferin eben dieser Wirtschaftsweise zu verteidigen. Als Beispiel für das Gegenteil gerät immer häufiger China ins Visier: die Kombination von Kapitalismus und Diktatur. Aus Anlass des 90. Geburtstags der Kommunistischen Partei Chinas war in einem Beitrag des Spiegels zu lesen: „China hat sein Bruttoinlandsprodukt in den vergangenen 30 Jahren ungefähr verdreißigfacht, hat Deutschland und Japan als Wirtschaftsmacht überholt und wird wohl bis spätestens 2020 auch die USA hinter sich lassen und zur Nummer eins werden. Kein Staat hat so viele Devisenreserven angehäuft wie die Volksrepublik. Wenn Peking wollte, könnte es mit einem Drittel seiner Drei-Billionen-Dollar-Rücklagen sämtliche Dax-Unternehmen aufkaufen. [...] Einige Staaten in Asien und Afrika haben aufgehört, die westliche Demokratie für das Maß aller Dinge zu halten und versuchen stattdessen das ‚Pekinger Modell‘ mit kapitalistischer Wirtschaft und autoritärer Politik nachzuahmen.“ (Der Spiegel 26/2011, 80)

Kapitalismus und Demokratie

Die Vereinigung von Kapitalismus und Demokratie gilt als die Stärke westlicher Gesellschaften. Dann aber dürfte von Demokratie nur gesprochen werden, wenn sie den kapitalistischen Großagglomerationen entgegentritt. Kapitalkonzentrationen, die ‚too big to fail‘ sind, also in jedem Fall mit Steuergeldern gestützt werden müssen, gäbe es dann nicht.

In seinem Buch „Eine kurze Geschichte der Demokratie“ weist Luciano Canfora (2006) darauf hin, dass das antike Griechenland als „Wiege der Demokratie“ eine Sklavenhaltergesellschaft war und etwa in Athen „das Verhältnis Freie/Sklaven eins zu vier betrug“ (2006, 36); nur die männlichen Freien hatten ein Wahlrecht. In Europa gab es kein Frauenwahlrecht bis ins 20. Jahrhundert hinein, in der Schweiz bis zum 7. Februar 1971, in allen Kantonen bis zum 27. November 1990. Nun mag es dahingestellt sein, ob und warum die antiken Griechen ihre Sklaven nicht als Menschen anerkannt haben; problematisch wird die Sache erst, wenn wir uns auf sie als unsere Vorbilder beziehen. „[...] der eigentliche Beitrag der Griechen“, so können wir bei dem Historiker und Archäologen Ian Morris lesen (2011, 257), „stammte nicht von Demokraten, sondern von Kritikern der Demokraten, allen voran von Sokrates.“ Morris hält die Auffassung für falsch,

der Westen sei gerade wegen der Erfindung der Demokratie in der Welt führend gewesen: „[...] die Demokratie im Westen (war) 2000 Jahre lang, vom klassischen Griechenland bis zur Amerikanischen und zur Französischen Revolution, völlig verschwunden“. Und: „Gerade die amerikanischen Gründerväter neigten dazu, das Wort ‚Demokratie‘ abschätzig zu verwenden. Demokratie lag für sie allenfalls eine Stufe über der Pöbelherrschaft.“ (ebd.)

Luciano Canfora klärt uns darüber auf, dass die Demokratie Europas ihre Höhepunkte in den Revolutionen gefunden hat: der französischen von 1789 und der russischen von 1917 und dass sie eine späte Renaissance in den neuen Verfassungen Frankreichs, Italiens und der Bundesrepublik Deutschland der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt hat. Canfora beschreibt das Ende dieser Epoche:

„Die Aushöhlung der ‚fortschrittlichen Demokratien‘, d.h. des in Verfassungsnormen übersetzten konkreten antifaschistischen Inhalts, vollzog sich auf zwei parallelen Ebenen: institutionell durch die Stärkung der Exekutivgewalt und die Einführung von Wahlgesetzen, die die Wählerschaft zur politischen Mitte hin drängen [...]; substantiell mit dem verschärften ‚Zugriff‘ der Oligarchien in allen gesellschaftlichen Bereichen“ (2006, 317f.). Substantiell sei erst dann von Demokratie zu reden, wenn es um die Rechte der Mehrheit der Bevölkerung geht. Canfora zitiert Artikel drei der italienischen Verfassung vom 1. Januar 1948, der von dem Sozialisten Lelio Basso ausgearbeitet worden war: „Es ist Aufgabe der Republik, die Hindernisse wirtschaftlicher und sozialer Art zu beseitigen, die durch faktische Einschränkung der Freiheit und Gleichheit der Staatsbürger der vollen Entfaltung der Person und der wirksamen Teilnahme aller arbeitenden Menschen an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung des Landes im Wege stehen.“ Und Canfora zitiert Lelio Basso mit den Worten: „In (diesem Artikel) wird festgestellt, daß (sic) keine Demokratie herrscht, solange es wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten gibt.“ (Canfora 2006, 259)

In der Nachkriegszeit der Bundesrepublik war bei den großen Parteien, den sozialistischen wie den christlichen, umstritten, ob denn eine kapitalistische Wirtschaftsverfassung mit der Demokratie in Einklang steht. Die Diskussion über „Wirtschaftsdemokratie“ (Victor Agartz) war in SPD und DGB-Gewerkschaften nicht ohne Einfluss. Wolfgang Abendroth (z.B. 1966) hat darauf bestanden, dass das Grundgesetz auch eine andere Eigentumsordnung zulässt. Mit dem Beginn des „Kalten Kriegs“, der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und seiner Wiederbewaffnung war dieses Thema vom Tisch. Wie es aussieht, stützt das Große Privateigentum die Demokratie, solange es das Sagen hat, und lässt sie fallen, wenn es in die Minderheit gerät. Am Ende, so resümiert Canfora, spielen Europa und die USA keine Rolle mehr. „Die Demokratie ist auf andere Epochen verschoben und wird von anderen Menschen neu konzipiert werden. Vielleicht nicht mehr von Europäern.“ (357)

Marktsozialismus oder Staatskapitalismus?

Bei China scheiden sich die Geister. Was für die Anhänger des Kapitalismus gilt (nach deren Pfeife hierzulande getanzt wird), ist bereits alles gesagt. Auf der Linken gibt es zwei Fraktionen: Meint die eine, es sei ein kapitalistisches System, das zugunsten des Privateigentums auf Ausbeutung und Unterdrückung beruht, sagen die anderen, es sei ein sozialistisches System, ein ‚Marktsozialismus‘, der sich lediglich in einer wichtigen Entwicklungsphase des Kapitalismus bediene, um den Anschluss an den Reichtum des Westens zu erreichen. So gesehen, läge ein Vergleich mit Lenins „Neuer Ökonomischer Politik“ nahe, die nach der tiefen Krise in der Sowjetunion (dem damaligen Sowjetrussland) privatkapitalistische Initiativen anstieß. Nach dem China-Kenner Giovanni Arrighi hat die chinesische Arbeiter- und Bauernbewegung eine weit in die Geschichte zurückreichende Klassenkampf-erfahrung. Arrighi schreibt: “[...] im Gegensatz zu dem, was viele denken, verfügen die chinesischen Arbeiter und Bauern über eine Jahrtausende alte Aufstandstradition“. Und weiter: „Der kaiserliche chinesische Staat des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts war im Prinzip eine Art vormoderner Wohlfahrtsstaat, dessen Merkmale in der nachfolgenden Entwicklung reproduziert wurden.“ (Arrighi 2009, 30) Der Peking-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung berichtet von rund „84.000 Massenprotesten gegen die Willkürherrschaft lokaler Funktionäre“ (FAZ, 20.12.2011).

China ist nach den Vereinigten Staaten von Amerika gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) die zweite Wirtschaftsmacht. Im Pro-Kopf-Ergebnis des BIP stehen sie erst an 92. Stelle. In seiner weit ausgreifenden Studie (2011) begründet Ian Morris seine Vorhersage, dass in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts der Westen unter Führung der USA nach wie vor die Welt beherrscht. In den folgenden Jahren und weit darüber hinaus aber wird er vom Osten mit seinem Kernland China abgelöst (588). Was aber wäre das? Wenn und solange Kapitalverhältnisse auch über China herrschen, ist gleichgültig, wer die Welt regiert. In mittlerer Sicht besteht ohnehin die Gefahr, dass die Menschheit sich selbst auslöscht (Morris 2011, 587). Es ist wie in dem Film ‚2001: Odyssee im Weltraum‘ von Stanley Kubrick: Das Raumschiff ist der von einem Frühmenschen in den Himmel geworfene Knochen, in dem der Spätmensch ziellos umhertaumelt. Ian Morris bevorzugt die optimistische Variante, in der wir noch einmal davonkommen. Wir schaffen die Zukunft, und zwar mit einer rasanten Entwicklung, die auch die Beherrschung der Klimakatastrophe einschließt wie die Ablösung der fossilen Brennstoffe, allerdings auf Grundlage biotechnischer Manipulationen: ‚homo sapiens‘ verwandelt sich unter eigener Anleitung in eine neue biotechnische ‚Menschmaschine‘. Dass die Kundigen sich allerdings schon schlaumachen, beizeiten zu verschwinden, zeigen Ausstellung und Symposium zu den Arbeiten des Architekten Tomás Saraceno im Hamburger Bahnhof Berlin. Als Beitrag zu ihrem Jahresthema 2011|12 ‚ArteFakte. Wissen ist Kunst – Kunst ist Wissen‘ veranstaltet die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften beides in der Absicht, Kunst und Wissenschaft miteinander ins Verhältnis zu setzen. Saracenos Entwürfe, so heißt es im Prospekt, bestehen aus schwebenden Städten; er „erforscht die Möglichkeiten fliegender Behausungen als Alternative zum Leben auf der Erdoberfläche. Auf diese Weise begegnet

er zunehmenden globalen Herausforderungen wie dem Bevölkerungswachstum und dem Klimawandel.“ Tun wir das unsere, dass die Erde bewohnbar bleibt.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang, Das Grundgesetz. Politik in unserer Zeit 3, Pfullingen (Günther Neske) 1966
 Arrighi, Giovanni, Die verschlungenen Pfade des Kapitals. Ein Gespräch mit David Harvey, Analysen mit Beverly J. Silver zur Weltgeschichte der Arbeiterbewegung und zu China, Hamburg (VSA) 2009
 Canfora, Luciano, Eine kurze Geschichte der Demokratie, Köln (PapyRossa) 2006
 Morris, Ian, Wer regiert die Welt? Warum Zivilisationen herrschen oder beherrscht werden, Frankfurt/New York (Campus) 2011
 Reale Utopien? Symposium zur Ausstellung „Tomás Saraceno. Cloud Cities“. 13. Dezember 2011, 19.00 Uhr

Rolf Stefaniak, Jahrgang 1944, Journalist

Internationale

Wenn der Spekulant
 Der letzte Verbündete
 Das Vertrauen ins Echo
 Schießt die Fahne hoch
 Und die Schalter sind
 Geschlossene Reihen
 Stehen Glied an Glied
 Schlagende Herzen
 Los zu werden
 Warm in die Börse
 Die jeder in der Tasche

Anton Schlösser

Impressum

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
 Hervester Str. 2, D-45768 Marl
 Fon: 02365-501671, Fax: 501673
 E-Mail: huettmann.marl@t-online.de

Redaktion:

AMOS c/o Hartmut Dreier
 Schumannstr.6, D-45772 Marl
 Fon: 02365-42076
 E-Mail: dreier.marl@freenet.de

E-Mail:

redaktion@amos-zeitschrift.de
 Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

Titelbild: Manfred Walz

Schlussredaktion:
 Axel Lippek (Layout)
 Ute Hüttmann (Textbearbeitung)

Realisation:

Wodarczak Druck & Medien
 45772 Marl

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

Herausgabe + Redaktion:

Wolfgang Belitz, Unna
 Hartmut Dreier, Marl
 Rolf Euler, Recklinghausen
 Friedrich Grotjahn, Bochum
 Rolf Heinrich, Gelsenkirchen
 Ute Hüttmann, Marl
 Wolf-Dieter Just, Duisburg
 Jürgen Klute, Wanne-Eickel
 Carl-D.A. Lewerenz, Herne
 Axel Lippek, Bochum (V.i.S.d.P.)
 Heinz Listemann, Dortmund
 Anna Musinszki, Dortmund
 Hermann Schulz, Wuppertal
 Renate Wangelin, Bochum

Konto:

AMOS, Kto.Nr. 33 300 120
 Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Einzelpreis: 4,50 €

Abo-Preis: 18,- € jährlich
 inkl. Versandkosten

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich
ISSN 1615 - 3278

Hartmut Dreier

„Es reicht!“ – „Islamophobie“/Hass auf den Islam/„Feindbild Islam“ – was tun?

„Es reicht!“ Nicht nur eine „Minderheit“ steht am Pranger, Feindbilder und Hass vergiften ganze Gesellschaften!

Heribert Prantl kommentiert in der SZ 29.7.11: „Nach den Großverbrechen in Norwegen gibt es die unentwegten Fragen, was man denn gegen solchen Irrsinn tun könne; diese Fragen müssen bohrend gestellt werden. Es gibt aber auch die ganz schnellen Antworten. Zu ihnen gehört der Vorschlag, die NPD zu verbieten. Verbote schalten weder den Islamhass noch dessen Gewaltpotential aus. Sie sind dann notwendig, wenn Parteien als Durchlauferhitzer für Gewalt funktionieren; in diesen Fällen können Verbote Maßnahmen des vorbeugenden Opferschutzes sein. Ansonsten sind sie vor allem falsche Beruhigungsmittel. Bevor die bürgerliche Mitte nach allen möglichen Verboten ruft, sollte sie sich die eigene Fremdenfeindlichkeit verbitten und sich ihre nicht nur klammheimliche, sondern unheimliche Freude an aggressiv anti-islamischen Schriften versagen. In fast allen europäischen Gesellschaften greift so etwas wie eine anti-koranische Tollwut um sich. Dagegen sollte man sich impfen.“

„Impfen“? Wie?

1. Nachdem das jahrelange Morden durch rechtsextreme Neonazis mit NPD-Verbindungen im November 2011 aufgefliegen ist, ist die eine von Heribert Prantl genannte Voraussetzung für ein NPD-Verbot überfällig. Tatsächlich ist mehr nötig.

2. Sicherlich sind Untersuchungen notwendig. Alarmierend, was Wilhelm Heitmeyer im Rahmen der Bielefelder Langzeituntersuchungen „Deutsche Zustände“ ermittelt: „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss: Zustimmung 13% (in 2011; 29,4% in 2002). „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“: Zustimmung 30,2% (2011; in 2003: 31%). „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ Zustimmung 29,3% (in 2011; in 2002: 27,7). Dazu schreibt die SZ am 13.12.11, S.5: „Knapp zehn Prozent der Deutschen hängen rechtspopulistischen Ansichten an; einer Aussage wie ‚Es leben zu viele Ausländer in Deutschland‘, stimmte im Jahr 2011 fast die Hälfte der Befragten zu. Jeder Fünfte findet die Behauptung akzeptabel, dass ‚Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden‘ sollte; die Hälfte der Deutschen schließlich sind der Meinung, dass die meisten Langzeitarbeitslosen nicht wirklich daran interessiert sind, einen Job zu finden.“ „Das sind besorgniserregende Momentaufnahmen einer Gesellschaft, in der Gewalt gegen Einwanderer von Einzelnen verübt und von vielen gebilligt wird.“ (SZ 13.12.11, S. 5).

3. Islamhass bekämpfen sei Teil eines Kampfes gegen Rassismus, sagt z.B. Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrates der Muslime: „Ich betone die Rolle des Rassismus, weil ich das Thema bei der Wurzel packen will. Wenn wir

alles auf die Neonazis schieben, verorten wir das Problem nur am politischen Rand. Damit beruhigen wir unser Gewissen, ignorieren aber, dass versteckter und offener Rassismus in das bürgerliche Milieu eingedrungen ist. Das haben wir unterschätzt. Dieser landläufige Rassismus aber hat entscheidend dazu beigetragen, dass viele Menschen Rechtsextremisten nicht so schlimm finden und bei ihren Taten wegschauen. ... Rechtspopulisten schüren gerne die Angst vor dem Islam, die daraus resultierende Islamfeindlichkeit nutzen Neonazis als Eintrittskarte ins bürgerliche Milieu (Interview, SZ 5.12.11). Dieter Graumann, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, warnt davor, „wenn man Muslime unter Generalverdacht stellt“ (Christ und Welt, 12.5.11).

4. Vorschlag: Die vielen Projekte und Initiativen vor Ort erleben sich wie im Kampf gegen Windflügel. Wie Sisyphos, der den Stein immer wieder bergauf rollt – vergeblich angesichts der Schwerkraft. Viele, die auf eine lange Erfahrung der interkulturellen und interreligiösen Arbeit zurückblicken, beschreiben, wie seit den 1980er Jahren gewarnt, gemahnt, initiiert und konzipiert wurde. Es gab damals eine Aufbruchstimmung. Heute gelte der Vorwurf von „Kuscheldialogen“ und „Gutmenschen“ durch die Medien, Debatten und Stammtische – frustrierend gelegentlich auch vor Ort. Zugleich sind inzwischen wenn auch verspätet bestimmte Themen in der Politik offiziell „angekommen“: islamischer Religionsunterricht, entsprechende Lehrstühle an Universitäten, „Islam als Teil Deutschlands“.

In dieser Situation liegt der Vorschlag auf dem Tisch (und die ersten Schritte sind bereits gegangen), durch Zusammenarbeit zwischen aktiven Zentren auch auf europäischer Ebene eine (lähmend wirkende) Isolation zu durchbrechen, Interventionen zu initiieren und eine Art „Civilrights-Bewegung“ zu starten nach dem Motto „Es reicht!“ Gemeint ist das seit 3./4. Februar 2012 in London verabredete Projekt: „12 Cities Project. Justice – Espoir – Frieden“. Als Grundlage und Einladung zur Zusammenarbeit gilt bis auf Weiteres die (hier im Folgenden dokumentierte) Erklärung; sie ist entstanden durch Gespräche zwischen einzelnen Akteuren im Kontext der Verleihung des islamischen Tschelebi-Friedenspreises an den anglikanischen Pfarrer und Gemeinwesenarbeiter Donald Reeves von Soul of Europe (Sitz: Devon, England) im Herbst 2010.

Es sind bereits 16 Großstädte im Gespräch. Beteiligt sind/ werden aktive anti-rassistische interkulturell/interreligiöse Gruppen in folgenden Städten Europas: Oslo, Kopenhagen, Malmö, London, Birmingham, Paris, Brüssel, Köln, RUHR (Dortmund, Hamm, Witten, Marl, Essen, Duisburg u.a.), Berlin, Amsterdam, Rotterdam, Wien, Granada, Sarajewo, Tiflis. – Ein Arbeitsbüro mit Aktivisten im Alter von rund 30 Jahren wird in London tätig. Besuche vor Ort und ein intensiver Erfahrungsaustausch stehen auf der Tagesordnung ebenso wie eine Konferenz vom 1. bis 3. März 2013 in Haus Villigst/Schwerte für die Klärung weiterer Perspektiven.

**Soul of Europe,
Devon, England – Europa,
www.soulofeurope.org**

und

**Soester Forum der Religionen und Kulturen,
Soest, Deutschland – Europa,
www.Muhammad-Nafi-Tschelebi-Preis**

Mitte September 2011 (Anfang Dezember 2011):

Angesichts von Islamophobie („Feindbild Islam“) erklären wir: Nun kommt es umso mehr auf Zusammenarbeit zwischen Religionen und Kulturen in „Gemeinschaften voller Hoffnung“ an.

10 Jahre nach dem 11. September 2001 in New York und wenige Wochen nach dem 22. Juli 2011 in Oslo und Utoya erklären wir: Wir sind zutiefst erschüttert durch beides: den 11. September und den 22. Juli. Und wir rufen auf zu Respekt und Zusammenarbeit über religiöse und kulturelle Grenzen hinweg, besonders mit islamischen Gemeinden in Europa.

Wir beklagen:

- Rechts-populistische Anführer und Kräfte setzen sich mit einem fürchterlichen Nationalismus in Szene; sie verbreiten Hass auf Minderheiten, ganz besonders auf Muslime und Islam und spielen so auf dem Klavier von Islamophobie.

- Diese brandstiftende, gefährliche Rhetorik und Propaganda beeinflusst inzwischen den politischen Mainstream in Europa.

- Diese giftige Entwicklung macht sich die wirtschaftliche und politische Krisen-Angst, die innere spirituelle Krise sowie die aktuellen Sparmaßnahmen zulasten von Wohlfahrt und Sozialstaat zunutze. Muslime werden zu Sündenböcken gemacht.

- Angesichts des Verlusts von Vertrauen in die Zukunft wird Nationalismus mobilisiert. Viel zu oft schüren Personen und Politiker und Massenmedien Angst vor dem Islam; dann ist die Rede von „der Islamisierung Europas“, von „Anschlägen“, von „islamistischem Terror“. Demografische Prognosen tun ein weiteres.

Wir rufen auf:

- Zu wechselseitigem Respekt und Zusammenarbeit, zu einem Lebensvollzug in mehreren Identitäten, also: als BürgerIn in Europa mit Treue zur Verfassung, Recht und Gesetz und ebenso als religiöser Mensch mit Treue zu spezifischen religiösen Werten und Überlieferungen.

- Zur Entwicklung einer gemeinsamen Vision, die mit gesellschaftlicher Praxis verbunden ist, um mit Menschen anderer Religionen und Kulturen zusammen zu leben und zusammen zu arbeiten. Im Bewusstsein zahlreicher heftiger Herausforderungen auf unserm gemeinsamen Planeten Erde wie auch engagiert in gemeinsamer Praxis am Ort und im Nahbereich.

- Im Eintreten gegen Irrlehren wie Nationalismus, Chauvinismus, Rassismus, „Kreuzzüge“, „das christliche Abendland“ und Islamophobie (diese ist vergleichbar mit dem früheren und immer weiter wirkenden Antijudaismus/Antisemitismus).

- Alle Religionen müssen für Zusammenleben und Frieden in Gerechtigkeit wirken. Sie haben doch humane Weisheitslehren in ihren Überlieferungen. Über Grenzen hinweg

praktizieren wir Freundschaften und Nachbarschaftlichkeit. Solches gilt es zu erweitern und zu vertiefen. So entstehen „Gemeinschaften voller Hoffnung“ und sie mögen wachsen.

In diesem Geist sind wir unterwegs: Personen und Gruppen in 12 Städten in Europa machen sich auf den Weg zur Zusammenarbeit; alle sind schon vor Ort aktiv in diesem Geist. Wir wollen unsere Kräfte verbinden und wollen weiterkommen: mit umso mehr Ermutigung und Kraft, statt isoliert zu sein. Auch mit mehr Relevanz, wenn wir unsere Einsichten und Erfahrungen verbünden: durch Austausch, Besuche und deutliche öffentliche Erklärungen. Im Jahr 2013 werden wir uns – Menschen und Gruppen aus diesen 12 Städten – europaweit treffen und andere ermutigen. Als wachsende „Gemeinschaften voller Hoffnung“ und als „Flammen der Hoffnung“ für Respekt, Frieden, Zusammenarbeit und Versöhnung.

„Wir sind die Kinder der Zukunft und so die Eltern der Geschichte“ (Eugen Rosenstock-Huussy).

Erstunterzeichner: Salim Abdullah, Hartmut Dreier, Thomas Dreessen, Ergün Emir, Fatma Görkem, Peter Pelz, Donald Reeves, Klaus Schubert

Nachsatz (Dezember 2011): Die aktuell enthüllten, jahrelangen rassistischen Anschläge und Morde der Neonazis in Deutschland zeigen, wie dringlich und aktuell auch dieses Projekt ist.“

Hartmut Dreier, AMOS verbunden seit 1969, lebt in Marl. Almuth und Hartmut D. sind aktiv in der Christlich-Islamischen Arbeitsgemeinschaft Marl, die seit Herbst 2011 auch das jährliche, inzwischen 12. Abrahamsfest organisiert (www.abrahamsfest-marl.de und www.wikipedia.de – CIAG Marl). Aktiv u.a. im Kuratorium des Zentralinstituts Islam-Archiv-Deutschland und im Soester Forum der Religionen und Kulturen.

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von z.Zt. 18,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 18,- € liegt bei
- Überweisung über 18,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl, Konto 33 300 120
 Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Johannes Weissinger

Das Jahr, in dem Borussia Dortmund zum zweiten Mal Deutscher Fußballmeister wurde

Gehen die BVB-Fans zum Westfalenstadion über die Hohe Straße, dann kommen sie Ecke Rheinlanddamm an dem Gebäude vorbei, in dem vor 55 Jahren eine Institution, die manchen von ihnen persönlich geholfen hat, gegründet wurde. Die Rede ist von der „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen“. Im Gedächtnis der meisten ist sie hauptsächlich verbunden mit Bremen (1971 – 2003), wo der Vorsitzende, Ulrich Finckh, Pastor war. Aber gegründet wurde die Zentralstelle in Dortmund. Das hing mit ihrem Gründer und ersten Präsidenten, Friedrich Siegmund-Schultze, zusammen. Er war kein Kind des Ruhrgebietes, sondern kam nach Dortmund erst in einem Alter, in dem man sonst in den Ruhestand geht. 1948 gründete er dort die Jugendwohlfahrtsschule, 1951 umbenannt in Sozialpädagogisches Seminar (später eingegliedert in die neue Fachhochschule für Sozialarbeit). In dessen Sitzungsraum, Hohe Straße 141/II, lud er als Vorsitzender des Deutschen Ausschusses für Kriegsdienstverweigerungsfragen – seit 1953 ein Ausschuss der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände, deren Präsident seit 1949 ebenfalls Siegmund-Schultze war – zu einer Sitzung am 2. März 1957 ein, für die er die Mitglieder „angesichts der Wichtigkeit“ „um vollständiges Erscheinen“ bat. Auf der Tagesordnung stand die Konstituierung der „Deutschen“ (dieses Adjektiv fiel bei der Gründung weg) Zentralstelle, die am selben Ort am 25. März vollzogen wurde und auf Antrag vom 29. April in das Vereinsregister des Amtsgerichtes Dortmund eingetragen wurde. Präsident: Friedrich Siegmund-Schultze, 1. Vorsitzender: Heinz Kloppeburg, ebenfalls aus Dortmund.

Bei Gründung der Zentralstelle war Siegmund-Schultze in seinem 72. Lebensjahr. Er konnte, wie man so sagt, auf ein ansehnliches Lebenswerk zurückblicken, ja, mehr: Er war in einer solchen Fülle „ökumenisch lebendig“ und „für den Frieden aktiv“, dass man sich kaum vorstellen kann, wie so viel in einem Leben Platz haben kann. So ist er an der Gründung des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen und des Internationalen Versöhnungsbundes beteiligt, nimmt an allen wichtigen ökumenischen Konferenzen zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg teil (freilich nie als Mitglied der offiziellen Delegation der deutschen Kirchen) und gibt mit der Zeitschrift „Die Eiche“ von 1913 – 1933 das wichtigste ökumenische Organ in deutscher Sprache heraus, erprobt nach einer kurzen Zeit als Pfarrer an der Friedenskirche in Potsdam, der Kirche des Kaisers und seiner Hofgesellschaft, ab 1911 im Berliner Osten neue Formen der Sozialarbeit, wird 1917 der erste Direktor eines Städtischen Jugendamtes, 1925 Honorarprofessor an der Berliner Universität und zum Anreger des heutigen Studienfaches Sozialpädagogik, ist im Juni 1933 zur Emigration in die Schweiz gezwungen, dort in der Flüchtlingshilfe tätig. Es ging ihm zeit seines Lebens um den

Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und internationalem Frieden und die Einsicht, dass die Christenheit nur als ökumenische Gemeinschaft beide fördern kann.

Die Gründung der Zentralstelle mit zunächst 11 Mitgliedsorganisationen – zuletzt waren es 26 – ist eine Antwort auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, gesetzlich geregelt im Wehrpflichtgesetz von 1956. Siegmund-Schultze hatte gleich nach der Verabschiedung des Grundgesetzes eingefordert, dass der Bestimmung des Artikels 4, Absatz 3 „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Dienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ Folge geleistet werde, indem eben ein solches Bundesgesetz erarbeitet werde; dazu sollte es erst 1984 kommen. Er protestierte dagegen, dass die Regelung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung im Wehrpflichtgesetz dieses zu einem Ausnahmerecht macht und den Gewissensbegriff einengt.



Im März 1959 sieht sich Siegmund-Schultze durch eine Rede des Bundespräsidenten Heuss in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg herausgefordert, Theodor Heuss an seine Amtspflichten nach Artikel 56 der Verfassung zu erinnern: „Wir halten den Artikel 4 des Grundgesetzes für den eigentlichen Prüfstein der Freiheits- und Friedensgesinnung des aus Nationalsozialismus und Weltkrieg neuerstandenen Deutschland.“

Zur 50-Jahr-Feier der Zentralstelle KDVB 2007 in Berlin nannte Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse deren Gründung „ein Symbol der Hoffnung“, „ein(en) Glanzpunkt der jungen Demokratie in der Bundesrepublik“. Wie schrieb doch Gustav W. Heinemann 1972 in seinem Geleitwort zur „Gedenkschrift für Friedrich Siegmund-Schultze (1885 – 1969) Aktiver Friede“: Er „gehörte zu den ungewöhnlichsten Menschen, denen ich begegnet bin. In seinem Denken und im Gespür für das, was die Stunde gebot, war er seiner Zeit und seiner Umwelt weit voraus.“ Ob der Beschluss der Zentralstelle vom Mai des vergangenen Jahres, nach Aussetzung der Wehrpflicht ihre Arbeit ruhen zu lassen und sich danach aufzulösen, der „Verpflichtung, sein Werk zu bewahren und weiterzuführen“ (Heinemann), gerecht wird, bezweifle ich. Denn die Gewissensentscheidung gegen den Krieg und seine Ursachen kann verschiedene Formen annehmen, deren Recht zu verteidigen und für deren Schutz in einem breiten Bündnis einzutreten nötig ist.

Johannes Weissinger, Jg. 1948, Pfarrer im Kirchenkreis Wittgenstein, Vorsitzender der Ev. AG für Kriegsdienstverweigerung und Frieden in Westfalen

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) verleiht seit 1994 einen „Friedrich Siegmund-Schultze-Förderpreis für gewaltfreies Handeln“. Dieser wird verliehen, wenn die Preissumme von 5.000 Euro durch Spenden eingegangen ist. Näheres unter www.eak-online.de/Spenden.



**ÜBERALL
IM GUTEN
BUCHHANDEL
ERHÄLTICH**

JÖRG BOGUMIL /
ROLF G. HEINZE / FRANZ LEHNER /
KLAUS PETER STROHMEIER



Viel erreicht – wenig gewonnen

**Ein realistischer Blick
auf das Ruhrgebiet**

Das Buch ist eine Gemeinschaftsproduktion von vier Professoren, die die „Liebe“ zum und die Sorge um das Ruhrgebiet eint. Auf Basis einer realistischen Bestandaufnahme der neueren sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen und Strukturen beschreiben sie die Zukunftsperspektiven des Ruhrgebiets.

Es wurde im Ruhrgebiet in Sachen Strukturwandel einiges erreicht, aber es wurde nur wenig gewonnen. Die überdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen, die Finanznöte der Kommunen und die Abwanderung qualifizierter junger Menschen und Familien aus der Region machen deutlich, dass das Ruhrgebiet noch längst nicht zu einer wirtschaftlich starken, international wettbewerbsfähigen Region geworden ist. Schlimmer noch: In zwei wichtigen Bereichen hat das Ruhrgebiet nicht nur nichts gewonnen, sondern viel verloren – nämlich beim Humanvermögen und bei seiner regionalen Handlungsfähigkeit.

Die Autoren plädieren für forcierte Investitionen in die Menschen, die der Strukturwandel der letzten Jahrzehnte nicht nur um den Arbeitsplatz, sondern auch um zentrale gesellschaftliche Teilhabechancen gebracht hat. Eine bessere interkommunale Kooperation und zugleich die „funktionale Differenzierung“ der Kommunen, die immer auch mehr Konkurrenz bedeutet, ist unabdingbar. Und: Nur die Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in den Städten kann eine Wende einleiten.

→ 178 Seiten, farb. Abb., broschiert,
17,95 Euro,
ISBN 978-3-8375-0718-8

Rolf Euler, Peter Strege und Manfred Walz

Menschenorte 14

Gefahr für die Künstler des Halfmannshofs

Wir folgen dem mitlaufenden Hund aus dem Auto in eine idyllisch anmutende Siedlung im Gelsenkirchener Süden: der Künstlersiedlung Halfmannshof. Hinweisschilder an den Straßen zeigen, dass es sich um ein wichtiges Ziel im Stadtgebiet handeln muss, das etwas versteckt zwischen alter Halde und Autobahnzubringer nur mit kleinen Straßen angebunden ist.

AMOS, aufgestört von Zeitungsmeldungen wie „Halfmannshof ist am Ende“, besucht zwei der dort wohnenden und arbeitenden Künstler, die Keramikerin Barbara Echelmeyer und den Fotografen Helmut Kloth. Er ist seit 45 Jahren, sie seit 22 Jahren dort ansässig. Die Siedlung, gegründet 1931 von der Stadt Gelsenkirchen auf einem ehemaligen Bauernhof zwi-



schen damals noch arbeitenden Zechen und Eisenbetrieben, war etwas Neues: Sie sollte Künstlerinnen und

Künstlern verschiedener Techniken eine Atelier- und Wohnsituation ermöglichen, in einer Industriestadt einen künstlerischen Freiraum zur Selbstgestaltung. Ein Bauernhaus wurde von seinem Standort wegen des Autobahnbaus hierhin verpflanzt. Ältere und neuere Bebauung gruppieren sich um einen grünen Platz, die Februarsonne leuchtet durch die Baumzweige in den Ausstellungsraum, der den Fotografien aktueller Künstler Raum gibt. Dahinter Ateliers, kleine Gärten – eine Ruhezone mitten im dicht besiedelten Revier. Die Gestaltung der Siedlung ähnelt wendländischen Rundlingen, deren Bauernhäuser um einen Platz gruppiert sind. Wir denken: genau das Richtige für künstlerischen Freiraum, der sich nicht an Produktion und Verwertung messen lässt.

Wir versuchen, aus Helmut Kloth und Barbara Echelmeyer herauszuhören, was hier geschieht. Die Künstler wurden bisher vom Verein ausgewählt und erhielten lebenslanges Wohnrecht. Sie nutzten Wohnung und Atelier für Keramik, Metall, Malerei, Grafik, Fotografie und das Ausstellungsgebäude für ihre und anderer Künstler Ausstellungen. Wir horchen auf: Zuletzt sind leer gewordene Ateliers nicht vom Verein, sondern von der Stadt belegt worden – ohne Kenntnis der Ansässigen.

Die beiden Künstler sind der Meinung, sie sind mit dem 80-jährigen Erbe „gut umgegangen“. Aber Gebäude müssten gedämmt, einige Investitionen getätigt werden, die über das hinausgehen, was die Bewohner selber an vielfältigen Verbesserungen bisher geleistet haben.

Sie selber wurden im letzten Herbst von Zeitungsmeldungen aufgestört. Ohne viel mit den Betroffenen zu diskutieren, gab es einen Wettbewerb und Architekturvorschläge, die den

Abriss des Ausstellungsgebäudes und die Bebauung eines großen Teils der zentralen Wiese mit Wohnungen vorsehen. Die Künstler werden inzwischen öffentlich im Rat angegriffen, und sie wehren sich ihrerseits mit einer Öffentlichkeitsaktion zur Rettung ihrer Siedlung. Inzwischen haben sie eine einstweilige Verfügung beantragt, um vor Baumfällungen und anderen vollendeten Tatsachen abgesichert zu werden. Sie befürchten, während des Umbaus weg zu müssen, und dann mit der Umgestaltung eine massive Mieterhöhung zu erhalten, die sie sich nicht leisten können. Und was dann mit dem lebenslangen Wohnrecht sei?

Die Planung sieht nach dem Abriss den Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen vor – Gentrifizierung eines früher nicht beachteten Stadtteils im Industriegürtel. Je grüner es dort nun seit Jahren ist, desto mehr potente Käufer drängt es in diese Bereiche – vorgesehen sind „kunstaffine Bewohner“. Aber was hat das mit dem Erhalt einer fast einzigartigen Künstlersiedlung zu tun? Soll ein Ort des künstlerischen Freiraums ein Ort des ökonomischen Zynismus werden?

Wir besichtigen Arbeiten und Räume, die jeden Tag zugänglich sind, wo auch Kurse und Ausstellungen stattfinden. Wir unterschreiben die Protesterklärung. Wir spüren, dass die Verantwortlichen bei den Betroffenen Verletzungen hervorgerufen haben, die ihr Lebenswerk in Gefahr sehen und im Unklaren gelassen wurden.

Unser Hund geht an den Baum – wie lange steht der noch? Wir drehen uns nochmal zu dem alten Bauernhaus mit der grünen Wiese um und verstehen, dass in Gelsenkirchen das Kulturreferat und die Kultur getrennte Welten sind.

Rolf Euler, Mitgründer von AMOS, Bergmann auf der Zeche General Blumenthal in Recklinghausen, jetzt im Ruhestand mit Bedarf an kommunitären Zuständen | Peter Strege ist seit 40 Jahren fremd in Dortmund daheim und immer noch am Bohrständler der Poesie am basteln. | Manfred Walz, Jg. 1940, in Synthese von Naturwissenschaften und Kunst in einer Ausbildung zum Architekten, dann Stadtplaner, immer zeichnend, und seit 1984 Titelblattzeichner für AMOS

AMOS bietet für weitere Informationen auf der Homepage www.amos-zeitschrift.de Dokumente der Halfmannshof-Initiative an, darunter ein Schreiben des Mietervereins Gelsenkirchen an den Bürgermeister.

Halfmannshof Gedicht

80 Jahre Frieden sind genug
Realisten störte die Idylle
11 Künstler sollten lebenslange Heimstatt haben
und irgendwann kommt allemal der Abbruchbagger.

80 Jahre Frieden sind genug
„Wenn du hier fast ein Leben lang
gewesen bist, dann tut dir Vertreibung gut!“
Es sind schon die Häuser um den Platz Geschichte?

Mit feistem Hochmut aufgeblasen
geh'n Investoren laut durchs Gras
und treten Seelen platt.
80 Jahre Frieden sind genug.

Peter Strege

Sumaya Farhat-Naser

Auch 2012 in Palästina – Arbeiten an unserer Hoffnung

Im Jahr 2011 zeigte sich, dass ein brutales politisches System eines Tages fällt, egal, wie stark es ist und wie lange es dauert. Die unterdrückten und leidenden Menschen können es schaffen, ihre Kräfte für einen positiven Wandel zu mobilisieren, denn sie wollen in Freiheit und Würde ihr Brot verdienen und ein normales Leben führen. Der Weg ist schwer und lang, doch es gibt kein Zurück.

Das ist auch für Palästina die Hoffnung. Die Besetzung muss enden. Ein Staat Palästina ist unausweichlich. Die UN-Resolution 181 vom Jahr 1947 sieht zwei lebensfähige Staaten vor: Israel existiert nun seit 63 Jahren, und Palästina wartet immer noch. Dieses nun endlich umzusetzen, mahnte unser Antrag auf Mitgliedschaft in der UNO an, denn die Weltgemeinschaft hatte 1947 eine klare Verpflichtung übernommen. Die Schaffung des zweiten lebensfähigen Staates Palästina, neben Israel, würde endlich dem Nahost-Konflikt zum Ende verhelfen.

Dies aber auf immer zu verhindern, hat Israel inzwischen unerträglich viel mehr getan. Mehr als 18 Jahre Friedensprozess-Versuche bei gleichzeitigem Alleingang der israelischen Realpolitik, Fakten am Boden zu schaffen, brachten noch mehr Verluste und immer kompliziertere Konflikte: Die Geografie und Demografie wurden täglich weiter verändert, z.B. durch Landnahme und Siedlungsbau, Vertreibung, Zerstörung von Häusern, Brunnen, Feldern, Bäumen, Wegen u.a. – ungehindert und längst nicht mehr rückholbar.

Palästina als UN-Mitglied, als Gleiche unter Gleichen? Die Erfüllung der Zwei-Staaten-Lösung? Die Mehrheit der Weltgemeinschaft unterstützt Palästina dabei. Aber die wenigen mächtigen Staaten nicht – mit der Begründung, es sei ‚zu früh‘. Nach 64 Jahren noch zu früh? Ja, zu früh für jene. Sie wollen Israel entgegenkommen: Erst soll die Mauer fertiggebaut werden, und für das Einverleiben der Westbank muss man noch ‚ein wenig Zeit schinden‘ – zugunsten der totalen Kontrolle Israels über die Reststücke auf weniger als 9% des historischen Landes Palästina: auf drei voneinander getrennten, ummauerten, von außen militärisch beherrschten Inseln, wobei Israel sich das Recht weiterhin nähme, über die auf diesen Inseln lebenden Palästinenser zu bestimmen. Solche Fremdbestimmung eines Palästina ohne staatliche Souveränität – darunter das Verbot der Rückkehr der Mehrheit des palästinensischen Volkes, der aus ihrer Heimat Vertriebenen – kann niemals die Grundlage für einen dauerhaften Frieden sein.

So berauben Gefühle der Ohnmacht und Verzweiflung die Menschen um die Lebensfreude. Während es uns weiterhin um die Menschenrechte geht und um friedliche, gewaltfreie Mittel und Wege, wird uns – seitens USA, Israel, Kanada und der EU-Länder – gedroht, weil wir uns gegen ihren Willen erlaubt haben, zu den Vereinten Nationen zu gehen, unsere Sorgen vortragen und endlich voll dazugehören wollen. Die angedrohte Strafe ist meist, kein Geld zu geben! Es ist ein Jammer, wenn ein Volk gezwungen wird, nur von Almosen der Reichen und Mächtigen leben zu müssen. Die Palästinenser leben seit 43 Jahren unter Besetzung, wo jegliche wirtschaftliche Planung, Entwicklung, Entfaltung verhindert wor-

den war. Wer die Besetzung zulässt, zahlt nun Geld und wird dadurch mitverantwortlich für das Unrecht. Die Palästinenser werden erpresst im Gegenzug für das Geld, das eine fremde Agenda erzwingen will. Es schmerzt zu sehen, dass weder Moral noch Recht in dieser Politik das Sagen haben, sondern ausschließlich die Mächtigen mit ihren Interessen.

Trotz alledem: Wir arbeiten daran, mehr denn je, unsere Prinzipien und Ideale, die in unseren Kulturen begründet sind, weiter zu festigen und zu beleben, um sie zum Blühen zu bringen. Wir wollen niemals aufgeben, sondern dranbleiben und aktiv sein!

Unsere Fortbildung und Friedenserziehungsarbeit mit Frauen und Jugendlichen erreichte in diesem Jahr neun Zielgruppen in Bir Zeit und Ramallah, wie auch in Talitha Kumi, Deir Ibsee und Ein Areek. Hunderte nehmen teil und die Nachfrage wächst. Mit Freude und Dankbarkeit erfüllen wir unsere Aufgaben. Unsere Botschaft ist, den Jugendlichen und den Frauen den Weg zu zeigen, ihre Fähigkeiten zu aktivieren und einzubringen, damit sie nicht zerbrechen. Wir lernen Vertrauen aufzubauen und auszustrahlen, vom Guten auszugehen und Zuversicht zu behalten. Wir lernen, Ohnmacht und Depression aufzufangen und unsere Probleme verwalten zu können. Auf uns kommt es an, positive Änderungen herbeizubringen. Wir lernen zu glauben.

Sumaya Farhat-Naser, palästinensische Christin, Stipendiatin beim Ev. Studienwerk Villigst, hat in Hamburg studiert, ist promovierte Botanikerin, arbeitete von 1982 – 1997 als Professorin an der Universität Bir Zeit und leitete 1997 – 2001 das damals jüdisch-palästinensische Jerusalem Center of Women, schrieb Bücher über das Leben in Palästina – und engagierte sich in der Westbank als Mentorin für Friedensarbeit und gewaltlose Konfliktbewältigung von Jugendlichen und Frauen. Sie ist vielfache Preisträgerin.

Träger der Fortbildung und Friedenserziehung ist das Berliner Missionswerk. Spendenkonto zur Unterstützung der Fortbildung und Friedensarbeit in Palästina:

Berliner Missionswerk. Projektnummer 4613

Evangelische Darlehns-genossenschaft (EDG) Kiel,

BLZ 100 602 37 – Konto-Nr: 777820

BIC: GENODEF1EDG – IBAN: DE35 2106 0237 0000 777 820

Fait divers

heute auf den Sendern:

Der Entlaubung Vietnams

verurteiltes Dioxin

auch US-Veteranen

siechen noch dahin

Übriggebliebene

vietnamesische Missbildungen

Kinder nach Kindes

Kindern gemeinsam mit

Opfertäterordenträger

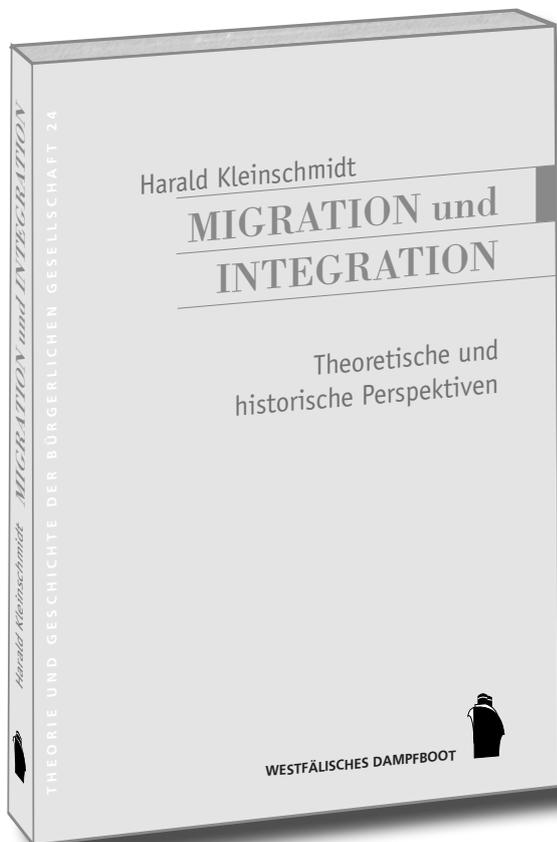
Fait divers mit Lorbeer

Anton Schlösser, Jg. 35, Studium der Medizin, Geschichte, Philosophie und Germanistik, Dr. med., 78 – 96 Leiter der im Rahmen der Psychiatrie-Enquete gegründeten Fachklinik Langenberg, lebt in Hattingen, engagiert seit Anfang der 70er Jahre in der Friedensbewegung und der Sozialpsychiatrie

ZWURF

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Zum Wandel der Migrationsmuster und der Ansichten über Migration



2011 - 191 Seiten - € 29,90
ISBN: 978-3-89691-124-7

Warum sind MigrantInnen und Flüchtlinge immer die „anderen“? Warum fällt es schwer anzuerkennen, dass die meisten Menschen fast überall in der Welt MigrantInnen oder deren Nachkommen sind? Zwei von vielen Gründen dafür sind, dass wir viele MigrantInnen um uns herum nicht als solche erkennen wollen und dass die amtlichen Migrationsverwalter sie falsch verbuchen, unter Etiketten wie „Gastarbeiter“, „Ausländer“ oder „Personen mit Migrationshintergrund“.

Harald Kleinschmidt zeigt in seinem Buch die theoretischen und historischen Perspektiven, aus denen heute gängige Ansichten über Migration entstanden sind, und relativiert gleichzeitig diese Ansichten durch einen Blick in die Geschichte der Migration über einen Zeitraum von etwa 500 Jahren. Er präsentiert Fälle, die er zu einer Erzählung des Wandels der Migrationsmuster und der Ansichten über Migration zusammenfügt.

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Nachruf

Hans G Helms ist tot

Eine seiner erfolgreichsten und nachhaltigsten Schriften ist wohl ‚Fetisch Revolution‘ gewesen, jene in den 60ern entstandene Untersuchung über den blasierten Kleinbürgercharakter eines Großteils der 68er Bewegung. Sie stand in einer Linie mit der umfangreichen Befassung mit dem in jenen Jahren zu neuen Ehren gekommenen ‚Ich hab mein Sach auf mich gestellt‘-Autor Max Stirner, die in den 50ern ihren Ausgang nahm und 1966 mit dem Band ‚Die Ideologie der anonymen Gesellschaft. Max Stirners ‚Einzig‘ und der Fortschritt des demokratischen Selbstbewusstseins vom Vormärz bis zur Bundesrepublik‘ ihren Abschluss fand. Bekannt geworden ist Hans G Helms aber bereits als Vertreter der Musikavantgarde, als 1959 ‚Fa.m´ Ahniesgwow‘ als Partitur und Schallplatte herauskam, die auch seine Aufführungspraxis dokumentiert und durch Theodor W. Adorno als herausragendes Beispiel der Neuen Musik hervorgehoben worden ist. Die gründliche und lange Zusammenarbeit mit Karlheinz Stockhausen oder mit John Cage bezeugen sein musikalisches Engagement. Man wird aber seinen vielfältigen Interessen nicht gerecht, verschweigt man seine Beschäftigung mit dem kapitalistischen Städtebau in Westdeutschland, den USA und der Zeit des Anschlusses der DDR. Programmatisch die vom Helms herausgegebene Schrift ‚Die Stadt als Gabentisch‘ von 1992. Daneben steht zum Beispiel seine Herausgabe und Kommentierung ausgewählter Texte von Robert Walser unter dem Titel ‚Basta. Prosatücke aus dem Stehkragenproletariat‘ als ein Ausgangspunkt für die an Siegfried Kraucauer geschulten Studien über die technisch-organisatorische Rationalisierung und Computerisierung der Büroarbeit. Daneben immer wieder kleinere, häufig im Radio veröffentlichte Hörbilder wie das über Fred Astaire. Wäre man etwas altmodisch, würde man ihn einen der letzten Privatgelehrten nennen.

Mit Brecht zu reden: Er hat Vorschläge gemacht. Es wäre an uns gewesen, diese immer der antifaschistischen Aufklärung verpflichteten Beiträge genügend ernst zu nehmen.

Hans G Helms mit dem geheimnisvollen G (ohne Punkt) im Namen ist am 11. März 2012 in Berlin-Friedrichshain gestorben.

Rolf Stefaniak

BÜCHER zu Naher/Mittlerer Osten

Rezensionen und Pressestimmen auf der entsprechenden Verlags-Webseite oder auf www.palaestina-portal.eu/buecher_nahostkonflikt... zum Beispiel

amnesty international:

- Report 2011 – Israel und besetzte palästinensische Gebiete
- Bericht: Israel/Gaza. Operation Gegossenes Blei.
- Bericht: Wassernöte – Palästinensern wird der faire Zugang ... verweigert

Vittorio Arrigoni

GAZA – Mensch bleiben – Restiamo umani

Vorwort von Ilan Pappé

Zambon Verlag, Frankfurt a.M. 2009, 143 S. m. Fotos

Vittorio Arrigoni, Paola Canarutto, Margherita Dametti, Giorgio Forti, Ugo Giannangeli, Federico Lastaria, Dirar Tafeche, Giuseppe Zambon

Abels Gesichter . Palästina. Ethnische Säuberung und Widerstand
Zambon Verlag, Frankfurt a.M. 2011, 262 S.

Moustafa Bayoumi (Hrsg.)

Mitternacht auf der Mavi Marmara. Der Angriff auf die Gaza-Solidaritäts-Flottille

Vorwort von Moshe Zuckermann

Laika Verlag, 362 S.

Mark Braverman

Verhängnisvolle Scham

Israels Politik und das Schweigen der Christen

Geleitwort von Mitri Raheb

Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2011, 336 S., geb.

Uri Avnery – 11. März 2012

Israel wird den Iran nicht angreifen. Punkt.

Israel wird den Iran nicht angreifen. Punkt. Die Vereinigten Staaten werden den Iran nicht angreifen. Punkt.

Die USA werden nicht angreifen. Nicht in diesem Jahr und nicht in den kommenden Jahren. Aus einem Grund, der bedeutender ist als wahltaktische Gründe oder militärische Beschränkungen. Die USA werden nicht angreifen, weil ein Angriff ein nationales Desaster für sie selbst und ein radikales Desaster für die ganze Welt bedeuten würde.

„Wenn du die Politik eines Landes verstehen willst, wirf einen Blick auf die Landkarte“, sagte Napoleon. Minuten nach einem Angriff wird der Iran die Straße von Hormus sperren, durch die fast alles exportierte Öl in der Welt aus Saudi Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Kuwait, Qatar, Bahrain, Irak und Iran gefahren werden muss – 40% des auf dem Seeweg transportierten Öls passiert diese Meerenge. Ein paar Minuten später werden alle Ölpreise steigen, sich verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen – und die USA und die globale Wirtschaft werden zusammenbrechen.

Solche kleinen Probleme belasten die Gehirne von Generalen, militärischen Kommentatoren und anderen weisen Leuten nicht, die die Welt nur zwischen Sicherheits-Scheuklappen wahrnehmen.

Die Meerenge zu schließen, wäre die leichteste von militärischen Operationen. Ein paar Raketen, die entweder vom Meer oder von der Küste abgefeuert werden, würden genügen. Um sie zu öffnen, würde es nicht genügen, die mächtigen US-Flugzeugträger auf Kreuzfahrt zu schicken. Die USA müssten große Teile des Iran besetzen, um die Meerenge aus der Reichweite iranischer Raketen zu nehmen. Der Iran ist größer als Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien zusammen. Es würde ein langer Krieg werden, etwa wie der Vietnamkrieg.

Für den Iran gibt es keinen Unterschied zwischen einem israelischen und einem amerikanischen Angriff. Sie würden gleich behandelt. In beiden Fällen wären die Folgen die Absperrung der Meerenge und ein langer Krieg.

All dies ist für die USA mehr als genug, um nicht anzugreifen und Israel zu verbieten anzugreifen.

Es sind 56 Jahre her, seit Israel ohne Einverständnis der Amerikaner einen Krieg begann. Als Israel dies 1956 tat, nahm Präsident Eisenhower alle Errungenschaften des Sieges bis zum letzten Millimeter weg. Vor dem Sechstagekrieg und am Vorabend des 1. Libanonkrieges sandte Israel Sonderbotschafter nach Washington, um ein eindeutiges Einverständnis zu erhalten. Falls es dieses Mal gegen den Willen der Amerikaner angreifen würde: Wer wird das Arsenal der IDF wieder aufstocken? Wer würde die Städte Israels schützen, die vielen Zehntausenden von Raketen aus dem Iran und seinen Anhängern ausgesetzt wären? – geschweige denn der Welle von Antisemitismus, die erwartet werden kann, wenn die amerikanische Öffentlichkeit erst einmal herausgefunden hat, dass es Israel war und Israel allein, das ihnen eine nationale Katastrophe eingebracht hat.

Amerikanischer diplomatischer und wirtschaftlicher Druck könnte ausreichen, den Run der Ayatollahs auf die Bombe zu stoppen. Er funktionierte im Libyen Gaddafis und

geschicht jetzt in Kims Nordkorea. Die Perser sind eine Nation von Händlern, und es könnte möglich sein, einen Deal auszuhandeln, der sich für sie lohnen würde.

Dies ist aber wohl zweifelhaft, weil die Neo-Konservativen in Washington vor ein paar Jahren leichtfertig darüber redeten, wie leicht es sein würde, den Iran zu besetzen – was die Iraner sicherlich davon überzeugte, dass sie die effektivste Abschreckungswaffe benötigen. Was hätten wir an ihrer Stelle getan? Oder eher, was haben wir tatsächlich getan (laut ausländischer Berichte etc.), als wir in ihrer Position waren?

Also was wird geschehen? Wenn kein Deal erreicht wird, wird der Iran nukleare Waffen entwickeln. Das ist nicht das Ende der Welt. Wie von einigen unserer mutigeren Sicherheitschefs angedeutet wurde, ist dies keine existenzielle Bedrohung. Wir werden in einer Situation eines Terrorgleichgewichts leben. Wie Amerika und Russland während des Kalten Krieges. Wie Indien und Pakistan jetzt. Das ist nicht angenehm, aber auch nicht zu schrecklich.

Der Iran hat seit tausend Jahren kein anderes Land angegriffen. Ahmadinejad redet wie ein wilder Demagoge, aber die iranische Führung handelt tatsächlich sehr vorsichtig. Israel bedroht keine iranischen Interessen. Gemeinsamer nationaler Selbstmord ist keine Option.

Der Bildungsminister Gideon Sa'ar prahlte mit Recht, dass es Netanjahu gelungen sei, die Aufmerksamkeit der ganzen Welt von den Palästinensern weg – und auf das iranische Problem hinzulenken. Tatsächlich ein fantastischer Erfolg. Obama sagt ihm in Wirklichkeit: OK, geh und spiel' mit den Siedlungen, soviel du magst, aber bitte, lass' den Iran den Erwachsenen.

Uri Avnery, 1923 geboren in Beckum/Westfalen, erhielt zu einer langen Reihe von Preisen unlängst den Deutschen Medienpreis. AMOS gratuliert ihm, dem israelischen Journalisten und langjährigen Menschenrechts- und Friedensaktivisten (Gush Shalom)!

Biografisches und alle seine (auch diesen) ins Deutsche übersetzten Artikel siehe: www.uri-avnery.de. | Gush Shalom (www.gush-shalom.org) bittet übrigens um Spenden zur Finanzierung von Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit.

(dt. Ellen Rohlf, vom Verfasser autorisiert)

www. zu Naher/Mittlerer Osten

Blog Dr. Viktoria Waltz: zionismus-israel-raumplanung.blogspot.com
 Blog Ludwig Watzal: <http://between-the-lines-ludwig-watzal.blogspot.com/>

Per E-Mail zu bestellen (rfielenbach@karmelitenorden.de) ist ein sehr empfehlenswerter wöchentlicher kostenloser Newsletter von Pater Rainer Fielenbach – mit Analysen, Berichten, Bildern, Tipps ...

www.annadwa.org – Int. Ev. Begegnungszentrum Bethlehem (ICB)
www.palaestina-portal.eu - umfangreiches Aktuellen bzw. Archiv (Palästina-Portal des Künstlers Erhard Arendt)
www.freegaza.de – www.freegaza.org/de
www.uri-avnery.de: ins Deutsche übersetzte Texte des Journalisten/Publizisten U.A., Friedensaktivist von Gush Shalom
www.juedische-stimme.de: Jüd. Stimme für gerechten Frieden in Nahost
www.stopthewall.org: Stoppt die Mauer-Kampagne
www.zmag.de: ZNET Deutschland mit Texten vieler AutorInnen

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet
ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Verlag:

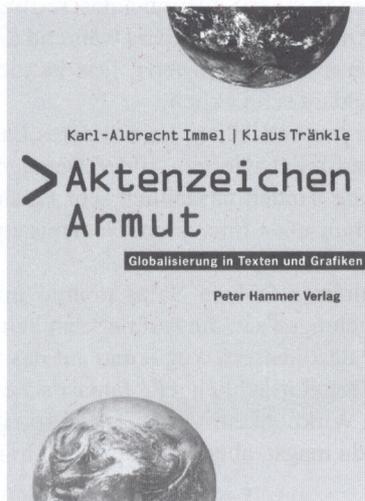
AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Straße 2 · D-45768 Marl

E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —

Neuerscheinungen im Peter Hammer Verlag



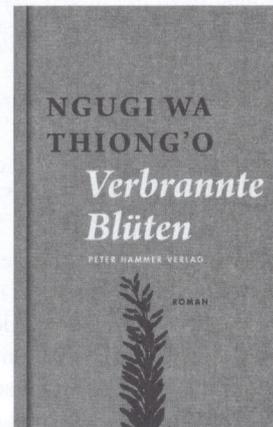
Karl-Albrecht Immel (Text)
Klaus Tränkle (Grafiken)
Aktenzeichen Armut
Globalisierung in Texten und Grafiken
208 S., br., mit 70 Grafiken
€ 19,90
ISBN 978-3-7795-0357-6

Dieses klar strukturierte Kompendium zu Entwicklung und Globalisierung zeigt in knappen Texten und klaren Schaubildern den aktuellen Zustand der Welt. Kritisch analysieren die Autoren dabei die Erfolgsmeldungen der Weltbank zur Erreichung der Millenniumsziele.



Tendai Huchu
Der Friseur von Harare
Roman
Aus dem Engl. von Jutta Himmelreich
304 S., geb.
€ 19,90
ISBN 978-3-7795-0358-3

Die junge Friseurin Vimbai erzählt mit Witz und Temperament von den emotionalen Wirren im besten Salon von Harare. In seinem hinreißend vitalen Debüt greift Tendai Huchu das afrikanische Tabuthema Homosexualität auf.



Ngugi wa Thiong'o
Verbrannte Blüten
Roman
Aus dem Engl. von Susanne Koehler
592 S., geb., Ganzleinen
€ 26,-
ISBN 978-3-7795-0349-1

Einer der wichtigsten politischen Romane Afrikas in aktualisierter Neuauflage. Ngugis Klassiker erzählt von einem tödlichen Anschlag auf drei Industrielle und zeichnet im Zuge der Ermittlungen die Geschichte des unabhängigen Kenia nach.



PETER HAMMER VERLAG

www.peter-hammer-verlag.de